

Nese Erikli, Landtagskandidatin GRÜNE

Corona / Covid-19

Covid-19 als größte Herausforderung unserer Zeit für die Gesundheitspolitik - Lockdown, Kontaktreduzierung – Lockern wenn Infektionszahlen sinken - Impfgelungen bei Mangel an Impfstoff

Für uns Grüne stand von Anfang die Gesundheit und der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund. Dabei halten wir die Auswirkungen verschiedener Maßnahmen, wie die zweitweise bzw. teilweise Schließung von Geschäften, Schulen und Pflegeeinrichtungen, im Blick. Wir haben zugleich alles dafür getan, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzumildern.

Am 11. Februar hat das Land, in Absprache mit dem Bund und den anderen Bundesländern, eine Verlängerung des Lockdowns mit weitgehenden Kontaktbeschränkungen [bis zum 7. März](#) beschlossen. Kitas und Schulen sollen schrittweise und mit Vorsichtsmaßnahmen öffnen, wenn es die Infektionszahlen zulassen.

Wir halten uns bei der Impfreihenfolge an die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission. Als Erstes sollen über 80-jährige, Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen und medizinisches und pflegerisches Personal mit sehr hohem Ansteckungsrisiko geimpft werden. Hier liegen wir im Laden bei den Impfungen ganz weit vorne. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Sonderregelungen für Geimpfte

Zum jetzigen Zeitpunkt spreche ich mich gegen Sonderregelungen für Geimpfte aus. Zunächst muss wissenschaftlich geklärt werden, ob Geimpfte weiterhin andere Menschen anstecken können. Zusätzlich gibt es momentan noch nicht das Angebot für alle, sich impfen zu lassen. Deshalb ist es wichtig, dass diejenigen, die geimpft wurden, sich solidarisch mit den anderen zeigen.

Klimaschutz

CO2-Reduzierung und Arbeitsplätze

Wir wollen die CO2-Emissionen drastisch reduzieren und zwar durch eine ökologische Transformation der Wirtschaft, des Energiesektors, des Verkehrssektors und des Bausektors. So wird nicht nur CO2 reduziert, sondern es werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

Sorgsamer Umgang mit der Natur, auch im Baurecht

Klima- und Naturschutz steht für uns an oberster Stelle. Erhalten wir den Planeten nicht – zerstören wir den Lebensraum der zukünftigen Generationen.

Für den Naturschutz und für unsere Landwirtschaft müssen wir den anhaltend hohen Flächenverbrauch reduzieren. Ziel für uns ist eine Netto-Null beim Flächenverbrauch. Derzeit liegt die Flächeninanspruchnahme in Baden-Württemberg bei fünf Hektar pro Tag. In der nächsten Wahlperiode wollen wir den täglichen Flächenverbrauch für Siedlungszwecke auf drei Hektar pro Tag begrenzen. Ein weiteres Instrument gegen den Flächenverbrauch ist die Revitalisierung von Ortszentren. Wir wollen den Kommunen beispielsweise die Innenentwicklung erleichtern. Daher hat das Land in dieser Legislatur für die Förderung der Ortszeiten viel Geld in die Hand genommen. So auch bei mir im Wahlkreis.

Wiederverwertung von Rohstoffen

Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wieder zu verwenden.

Pflege

Fehlende Pflegeplätze in unserem Landkreis

Wir Grüne denken Pflegearbeit in der Familie und kommunale Quartiersentwicklung zusammen. Mit dem Landespflegestrukturgesetz haben wir als grün-geführte Landesregierung dafür gesorgt, dass die Kommunen größere Gestaltungsspielräume bei der Pflege bekommen. Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wollen wir kommunale Pflegekonferenzen weiter ausbauen. Hier sitzen Pflegende und Pflegebedürftige, Pflegekassen und Kommunen an einem Tisch. Gemeinsam beraten sie, welche Pflegeinfrastruktur und Angebote vor Ort gebraucht werden. Die Pflegekassen werden verpflichtet, die Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen zu berücksichtigen, wenn sie Rahmenverträge, Versorgungsverträge sowie Vergütungsvereinbarungen abschließen.

Wir wollen „sorgenden Gemeinschaften“ in öffentlicher Trägerschaft testen. Diese stehen für eine lebendige Quartiersnachbarschaft, in der man sich kennt, aufeinander achtet und füreinander sorgt. Hier werden pflegende Angehörige durch professionelle Pflegekräfte unterstützt. Auch eine Notfallhilfe für pflegende Angehörige wollen wir etablieren.

Zu wenige und überlastete Pflegekräfte in allen Gesundheitsberufen - Entbürokratisierung der Pflege

Die Gesundheitsversorgung soll im Rahmen des Möglichen vereinfacht, entbürokratisiert und verbessert werden. Negative Auswirkungen von Kommerzialisierung müssen abgebaut werden.

Medizinische Versorgung

Fehlende Pflegeplätze in unserem Landkreis

Siehe oben.

Zu wenige und überlastete Pflegekräfte in allen Gesundheitsberufen - Probleme im ländlichen Raum sind seit Jahren bekannt

Um die ambulante medizinische Versorgung der Menschen auch im ländlichen Raum zu sichern, hat das Sozialministerium Baden-Württemberg das Aktionsprogramm „Landärzte“ auf den Weg gebracht. Das Programm und bietet strukturelle Lösungsansätze für die bestehenden Probleme. Diese reichen von der Nachwuchsförderung über die Verbesserung der bestehenden Versorgungsstrukturen bis hin zu einer Verbesserung der bundesgesetzlichen Grundlagen der Bedarfsplanung. Die Landesregierung stellt darüber hinaus ein Förderprogramm mit einer finanziellen Ausstattung in Höhe von insgesamt 6,95 Mio. Euro zu Verfügung.

Mediz. Versorgung als Aufgabe der Verwaltungen zur Daseinsvorsorge - Telemedizin, auch unter Einbeziehung ambulanter Pflegedienste

Die Weiterentwicklung der Telemedizin als zusätzliches Angebot ist für uns wichtig. Die vom Land eingerichtete Koordinierungsstelle Telemedizin Baden-Württemberg verbessert durch Förderprogramme, Vernetzungen und Beratungen die telemedizinische Versorgung. Auch im Bereich der ambulanten Versorgung gab es im Bereich der Telemedizin eine Förderung durch das Land.

Leben im Alter

Demografischer Wandel

Wir wollen die Chancen des demografischen Wandels nutzen, um Aufgaben in unserer Gesellschaft neu und auf mehr Schultern zu verteilen. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und die Interessen verschiedener Generationen nicht gegeneinander ausspielt. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die Chancen und Perspektiven für Jung und Alt bietet.

Gesetzgeberische Maßnahmen als Anreiz zur Förderung von sozialem Wohnraum - Schaffung von mehr und besseren Möglichkeiten für ein Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit

Jede*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen, sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Zudem wollen wir ausreichend altersgerechten Wohnraum schaffen. Der Geldbeutel darf dabei nicht entscheiden, ob wir beim Wohnen auch das Klima schützen können. Klimaneutrales Wohnen soll für alle selbstverständlich werden.

Einsamkeit im Alter, ein zunehmendes Problem schon vor Corona

Wo immer Menschen mehrerer Generationen zusammenleben wollen, sollten wir sie unterstützen. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt, sondern wirkt auch Vereinsamung entgegen. Um das Mehrgenerationenwohnen zu fördern, wollen wir das Informations- und Beratungszentrum Mehrgenerationenhäuser fest etablieren. Auch das Bauen in Baugemeinschaften wollen wir stärken.

Rente

Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen. Diese Entwicklung wird sich ohne wirksame Reformen in den kommenden Jahren fortsetzen. Die grüne Bundestagsfraktion will dieser Entwicklung mit der grünen Garantierente entgegenwirken und dafür auch Versicherungszeiten ohne Beitragszahlung berücksichtigen.

Maßnahmen, nach einem langen Arbeitsleben nicht als Bittsteller zu den Sozialämtern gehen zu müssen

Unsere rentenpolitische Strategie setzt bereits im Erwerbsleben an. Denn wer nicht genug verdient, kann auch nicht fürs Alter vorsorgen. Deswegen wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern und die Rahmenbedingungen für steigende Löhne schaffen, damit die Menschen genug Ansprüche für später aufbauen können. Außerdem wollen wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken, indem weitere Gruppen einbezogen werden, das Rentenniveau stabilisieren und die private sowie betriebliche Rentenversicherung stärken.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Fehlende Sicherheit für ältere Menschen wie z.B. Kriminalität, Wohnungseinbrüche, Betrug und Gewalt. Dazu gehören auch Straßenverkehrsregelungen und mehr Polizeipräsenz

Mit dem Gesamtkonzept „Sichere öffentliche Räume“ haben wir umfangreiche und interdisziplinäre Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum vorgelegt: Wir vernetzen damit Akteure, entwickeln kommunale Kriminalprävention weiter, bauen Hilfs- und Beratungsangebote aus, stärken

Straßensozialarbeit und nehmen städtebauliche Aspekte in den Blick. Grundsätzlich muss man feststellen: Baden-Württemberg ist so sicher wie noch nie! Denn die Zahlen der Straftaten sind enorm zurückgegangen.

Mobilität

Bessere Bedingungen für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

Als grün-geführte Landesregierung haben wir wichtige Maßnahmen wie das Landesprogramm für Barrierefreiheit im Nahverkehr ergriffen. Wir werden nicht nachlassen, bis alle Bahnhöfe, Bordsteine und Busse barrierefrei sind.

Barrierefreiheit für mehr Lebensqualität und Teilhabe am öffentlichen Leben. Finanzielle Anreize zu besserer Nutzung des ÖPNV für Senior/Innen Forderung nach Fahrtauglichkeitsprüfung im Alter

Einige Landkreise bieten Seniorinnen und Senioren an, ihren Führerschein gegen ein kostenloses Jahresticket für den ÖPNV anzubieten. Solche Konzepte befürworte ich.

Dorothea Wehinger, Landtagskandidatin Fraktion GRÜNE

Klimaschutz

CO2-Reduzierung und Arbeitsplätze

Sorgsamer Umgang mit der Natur, auch im Baurecht

Wiederverwertung von Rohstoffen

Meine Antwort:

Bis zum Jahr 2030 ist ein ökologischer Durchbruch in allen Bereichen der Wirtschaft nötig.

Es werden grüne Industriearbeitsplätze entstehen, die in anderen Bereichen durch Automatisierung und Digitalisierung wegfallen. Wir stärken die Aus- und Weiterbildung im Handwerk über die überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Unser Industriestandort setzt die Standards für den Ressourcen- und Energieverbrauch in vielen Teilen der Welt. Deshalb sollen unsere Industrie- und Konsumgüter so produziert werden, dass sie gut recycelt werden können. Mit einer digitalisierten Recyclingfabrik senken wir den Ressourcenverbrauch und steigern die Versorgungssicherheit. Dabei knüpfen wir an die Kompetenzen unserer Hochschulen und Unternehmen an und schließen eine Lücke im Markt. Die Wiedergewinnung von kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan und Seltenen Erden steht dabei besonders im Fokus.

Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm „klimaneutrale Wohngebiete“ für Kommunen auflegen. Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen. Bisher gilt sie für Nicht-Wohngebäude. Und wir werden diese Pflicht auch auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht.

Pflege und medizinische Versorgung

fehlende Pflegeplätze in unserem Landkreis

zu wenige und überlastete Pflegekräfte in allen Gesundheitsberufen

Entbürokratisierung der Pflege

Probleme im ländlichen Raum sind seit Jahren bekannt

Mediz. Versorgung als Aufgabe der Verwaltungen zur Daseinsvorsorge

Telemedizin, auch unter Einbeziehung ambulanter Pflegedienste

Meine Antwort:

Zu den Schwerpunkten grüner Sozialpolitik gehört es, eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen und eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur weiter auszubauen. Wir werden eine bedarfsgerechte

Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg etablieren. Konkret heißt das: eine sektorenübergreifende Versorgung, die der stetig anwachsenden Anzahl von pflegebedürftigen und chronisch kranken Menschen gerecht wird. Hier nimmt Baden-Württemberg bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein. Wir stehen für die Etablierung von Primärversorgungszentren. Wir werden auch das Konzept von Multifunktionshäusern im ländlichen Raum fördern. Darüber hinaus gilt es, den präventiven Charakter noch stärker in die Gesundheits- und Pflegeversorgung für ältere Menschen zu integrieren. Mit dem Projekt „Präsenz – Präsenz für Senioren Zuhause“ haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Impulse setzen können. Dieser Weg muss nun flächendeckend ausgebaut werden. Wir Grüne wollen zudem die geriatrische Kompetenz in der medizinischen Versorgung in Baden-Württemberg stärken. Die grüne Landtagsfraktion plant in der kommenden Legislatur eine Anhörung und einen Runden Tisch, um sich intensiv mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Der Pflegeberuf ist hochgeachtet. Aber wir brauchen eine strukturelle Stärkung der Pflege im Gesundheitswesen. Als Land werden wir die neue Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann unterstützen und mehr Studienplätze an Universitäten und Hochschulen für Pflege und Pflegewissenschaften einrichten. Mit der Akademisierung wollen wir eine gerechte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen. Die aufgewertete Ausbildung soll dazu führen, dass Pflegenden mehr Verantwortung und Mitsprache bekommen. Sie können Pflegekonzepte selbst erstellen und eigenverantwortlich umsetzen. Eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit wird erleichtert. Auch das Recht auf Weiterbildung wollen wir stärken und gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller anerkennen. So können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Im Jahr 2019 ist das Kompetenzzentrum für Digitalisierung in Medizin und Pflege gegründet worden, das beim Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg angesiedelt ist. Unter dem Motto „Gesundheit wird digital“ sollen alle Akteur*innen – insbesondere Bürger*innen – umfassend über die Chancen und Herausforderungen informiert werden. In der digitalen Welt den Anschluss zu behalten, ist dabei ein zentraler Aspekt, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Deshalb ist es wichtig, ältere Bürger*innen zu unterstützen und ihnen die Teilhabe an digitalen Anwendungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen. Genau das ist das Ziel des Verbundprojekts gesundaltern@bw, für das sich verschiedene Partner*innen aus dem Netzwerk „Senioren im Internet“ zusammengeschlossen haben.

Leben im Alter und Rente

demografischer Wandel

gesetzgeberische Maßnahmen als Anreiz zur Förderung von sozialem Wohnraum

Schaffung von mehr und besseren Möglichkeiten für ein Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit

Einsamkeit im Alter, ein zunehmendes Problem schon vor Corona

Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut

Maßnahmen, nach einem langen Arbeitsleben nicht als Bittsteller zu den Sozialämtern gehen zu müssen

Meine Antwort:

Baden-Württemberg ist das Bundesland mit der höchsten Lebenserwartung in Deutschland. Wir Grüne wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die Chancen und Perspektiven für Jung und Alt bietet.

Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und hohe Lebensqualität bis ins hohe Alter sind wichtige Handlungsmaxime grüner Senior*innenpolitik. Unsere Forderungen und wichtige Maßnahmen für Senior*innen finden sich in vielen zentralen Bereichen wieder: Gesundheit, Pflege, Ehrenamt, Arbeit und Verkehr. Unser Ziel: Ältere Menschen sollen in der Mitte unserer Gesellschaft stehen und am sozialen Leben teilhaben können. Wir fördern auch weiterhin generationenübergreifende lebendige Quartiere, in denen Senior*innen alle wichtigen Angebote eigenständig wahrnehmen können: von der medizinischen Versorgung über soziale Kontakte und barrierefreie Einkaufsmöglichkeiten bis zu kulturellen Veranstaltungen. Der Landespolitik kommt hier vor allem die Aufgabe zu, vor

eine gute Senior*innenpolitik war ein Schwerpunkt Grüner Sozialpolitik in dieser Legislatur mit dem Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG). Damit haben wir als grün-geführte Landesregierung ein Zeichen gesetzt – für mehr Lebensqualität und Selbstbestimmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Das WTPG ermöglicht ein flexibles System, um unterstützende Wohnformen auszugestalten, und fördert zum Beispiel ambulant betreute Wohngemeinschaften. Die Landesstrategie „Quartier 2020“ fördert eine alters- und generationengerechte Quartiersentwicklung. Seit 2017 haben rund 300 Kommunen im ganzen Land von dem Angebot profitiert. Zu den geförderten Projekten gehört zum Beispiel der Aufbau von Mehrgenerationenhäuser und ambulant betreuten Pflege-WGs. Die Landesstrategie wird als Quartier 2030 in den kommenden Jahren weitergeführt. Das Förderprogramm „Nachbarschaftsgespräche“ richtet sich an Städte, Gemeinde und Landkreise in Baden-Württemberg.

Damit die Menschen nah an ihrem Wohnort beraten, versorgt und betreut werden können, sind in Baden-Württemberg Pflegestützpunkte eingerichtet worden. Sie sind eine zentrale Anlaufstelle für Menschen aller Altersgruppen, die selbst pflegebedürftig sind oder die pflegebedürftige Angehörige haben. Modellprojekt für präventive Hausbesuche bei älteren Menschen: In den Jahren 2014 bis 2017 haben wir das Modellprojekt „Präsenz- Präsenz für Senioren Zuhause“ durchgeführt.

Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ sind seit 2011 rund 150 Projekte gefördert worden. Allein im Jahr 2020 haben zwölf Projekte eine Förderung in Höhe von 3,6 Millionen erhalten. Wir fördern - den starken Ausbau von Nacht-, Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen - ambulanten Betreuungsstrukturen (z.B. ambulant betreuten Pflege-WGs) - die Weiterentwicklung sozialraumorientierter Versorgungsstrukturen.

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht des Landes zeigt: Die Einkommenslage älterer Menschen ist insgesamt eine besondere Herausforderung für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Im Vordergrund steht für uns die Prävention. Es ist wichtig, die Entstehung von Altersarmut erst gar nicht zuzulassen. Noch immer sind Frauen häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Der wichtigste Schutz gegen Altersarmut von Frauen ist eine dauerhafte Beschäftigung, die ein ausreichendes Einkommen und auch eine eigenständige Absicherung im Alter garantiert. Neben den präventiven Maßnahmen gegen Altersarmut muss auch das System der Alterssicherung selbst angepasst werden. Im Bund setzen wir uns für eine Garantierente ein. Wer langjährig in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein. Beim grünen Garantierenten-Konzept werden nicht nur die Jahre, in denen in die Rentenkasse eingezahlt wurde, berücksichtigt. Sie umfasst auch Versicherungszeiten ohne Beitragszahlung: Zeiten der Kindererziehung oder Pflege, Schwangerschaft, Mutterschutz, Arbeitslosigkeit mit und ohne Beitragszahlung oder Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit.

Sicherheit im öffentlichen Raum

fehlende Sicherheit für ältere Menschen wie z.B. Kriminalität, Wohnungseinbrüche, Betrug und Gewalt. Dazu gehören auch Straßenverkehrsregelungen und mehr Polizeipräsenz

Meine Antwort:

Wir Grüne stehen für eine nachhaltige und moderne Mobilität, die Menschen nicht gefährdet, sondern Teilhabe ermöglicht.

Die grün-schwarze Regierungskoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dem Leitbild „Vision Zero“ verpflichtet. Um das Ziel „Vision Zero“ zu erreichen, hat Baden-Württemberg seit 2013 ein Verkehrssicherheitskonzept, das während unserer Regierungszeit laufend überarbeitet und erweitert wurde. Es enthält knapp 90 Maßnahmen und integriert bauliche Verbesserungen an Straßen, konsequente Verkehrskontrollen sowie Informationen und Prävention in einer Gesamtstrategie.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass sich eine erfolgreiche Sicherheitspolitik auf wissenschaftliche Erkenntnis stützen muss. Das Ziel muss immer sein, Straftaten zu verhindern. Deshalb sind wir, wo es notwendig ist auch bereit, unserer Polizei verhältnismäßige Erweiterungen ihrer Befugnisse an die Hand zu geben. Wir prüfen alle Maßnahmen auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wirksamkeit.

In den vergangenen 20 Jahren wurden die Sicherheitsgesetze deutlich verschärft. Wir werden diese unter bürgerrechtlicher Perspektive überprüfen und gebotene Verbesserungen vornehmen.

Mobilität

bessere Bedingungen für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

Barrierefreiheit für mehr Lebensqualität und Teilhabe am öffentlichen Leben

Finanzielle Anreize zu besserer Nutzung des ÖPNV für Senior/Innen

Forderung nach Fahrtauglichkeitsprüfung im Alter

Meine Antwort:

In dieser Legislatur haben wir viel Geld in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs investiert. Dies ist nicht nur aus klimapolitischer Sicht sinnvoll, sondern auch aus seniorenpolitischer Sicht. Wir arbeiten an einen barrierefreien und niederschweligen Zugang zum ÖPNV.

Wir Grüne stehen für Barrierefreiheit, weil nur eine Gesellschaft ohne Zugangshürden Teilhabe für alle garantiert. Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter. Daher wollen wir das Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im Alter“ und für private Anfragen öffnen. Uns Grünen ist es wichtig, die Handlungsempfehlungen des Fachkongresses zum Thema „Mobilität älterer Menschen („Mobil – Aktiv – Beteiligt. Initiativen für ein selbstbestimmtes langes Leben“) umzusetzen – besonders in ländlichen Regionen. Ein barrierefreier Zugang ist aber Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe.

Im Koalitionsvertrag der grün-geführten Landesregierung wurde deshalb vereinbart, dass Öffentliche Verkehrsmittel barrierefrei sein müssen und künftig sichergestellt werden muss, dass neue oder umgebaute Anlagen bzw. Fahrzeuge des ÖPNV barrierefrei zugänglich sind. Das Land gewährt den Kommunen und den Verkehrsträgern Zuschüsse für den Bau und Ausbau von ÖPNV-Anlagen und Fahrzeugen unter der Voraussetzung, dass hierbei die Belange von Menschen mit Behinderungen und anderer Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt werden und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend entsprochen wird.

Wir wollen es Kommunen und Landkreisen ermöglichen, ihren Bürger*innen einen Mobilitätspass für den ÖPNV anzubieten und diesen über Umlagen (denkbar wären wahlweise eine Abgabe für alle Bürger*innen, alle Kfz-Halter*innen, alle Kfz-Nutzer*innen oder eine Arbeitgeberabgabe) zu finanzieren. Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Landesregierung bemüht sich durch Stärkung des ÖPNV, besonders im ländlichen Raum, für Seniorinnen und Senioren echte Alternativen zum eigenen Auto zu schaffen. Ein Großteil der Verantwortung für eine sichere Fahrt im Alter liegt bei den Menschen selbst. Ein umfangreiches Angebot an freiwilligen Fahrsicherheitstrainings und Fahr Fitness Checks im Land bietet Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, auf Verkehrsübungsplätzen und im Realverkehr verschiedene Verkehrssituationen zu üben. Das Ziel dieser freiwilligen Angebote ist es, die eigenständige und sichere Mobilität älterer Verkehrsteilnehmender solange wie möglich zu erhalten.

Jürgen Keck, Landtagskandidat FDP

Corona / Covid-19

Gemeinsam mit der FDP stelle ich mich gegen weitere Verschärfungen. Der Schutz vulnerabler Gruppen, eine funktionierende Impfstrategie und Öffnungsperspektiven mit medizinischen Masken und Hygienekonzepten müssen jetzt in den Mittelpunkt der Maßnahmen. Dem Einzelhandel, der Gastronomie, Hotellerie und handwerklichen Berufsgruppen wie Friseuren, muss die Öffnung unter Hygienevorgaben wieder ermöglicht werden. Das Impfgeschehen im Land schwankt zwischen Komödie und Drama. Eine nachvollziehbare Impfstrategie mit konkreten Vorschlägen hat die FDP auf Bundes- und Landesebene bereits mehrfach gefordert.

Klimaschutz

Die liberale Verkehrspolitik bezieht alle Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmer mit ein und spielt sie nicht gegeneinander aus. Neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und dessen barrierefreier Umgestaltung sowie der Stärkung des Radverkehrs geht es darum, die individuelle Mobilität auf die Anforderungen des Klimaschutzes hin auszurichten. Die einseitige Fokussierung auf E-Autos zur Abkehr des Verkehrs von fossilen Brennstoffen ist ein Irrweg. Es gilt hier vor allem technologieoffen zu sein. Ich möchte den Klimawandel bekämpfen ohne dabei die zahlreichen gutbezahlten Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie zu gefährden. Mit dem umweltfreundlichen Diesel der aktuellen Generation und klimaneutralen synthetischen E-Fuels können wir individuelle Mobilität und die Arbeitsplätze in unserer Heimat retten und gleichzeitig das Klima schützen.

Pflege

Es fehlt uns an Pflegeplätzen, Pflegekräften, und die Frage der Finanzierbarkeit wird immer drängender. Daher setze ich mich für eine konsequente Umsetzung mit den Partnern vor Ort ein, damit die Bedingungen in der Pflege umgehend verbessert werden können. Bezahlbares Wohnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leistungsgerechte Vergütung, Wertschätzung, Entbürokratisierung und flexible Arbeitszeiten bilden für mich das Fundament einer zukunftsorientierten Pflegebranche. Nur wenn wir diese Punkte gemeinsam angehen, können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Als wichtige Ergänzung dürfen Fachkräfte aus dem Ausland nicht außer Acht gelassen werden. Es ist für die Einrichtungen und Träger aufgrund des erheblichen Bürokratieaufwands äußerst schwierig, Kontakte ins Ausland zu knüpfen. Daher setze ich mich auch dafür ein, dass aufenthaltsrechtlich notwendige Genehmigungen für ausgebildete Pflegekräfte aus dem Ausland zügiger als bisher erteilt werden.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung muss neu organisiert werden! Mehrere Wochen oder sogar Monate auf einen Termin beim Facharzt zu warten, ist beinahe zur Regel geworden. So darf und muss das nicht sein. Ohne das Miteinander von engagierten Politikern, auch auf kommunaler Ebene, mit der Ärzteschaft werden wir keine brauchbaren Lösungen in der ärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, erreichen können. Das Förderprogramm Landärzte muss weiterentwickelt werden und wir müssen gemeinsam mit den Kommunen verstärkt Gesundheitszentren bzw. Medizinische Versorgungszentren in den Fokus rücken. Diese tragen zu einer umfassenden Versorgung vor Ort bei. Zudem bieten sie jungen Ärztinnen und Ärzten einen attraktiven Arbeitsplatz. 65 bis 70 Prozent aller Medizinstudenten sind übrigens weiblich. Wir müssen die Rahmenbedingungen mit den genannten Maßnahmen zwingend neugestalten, sodass junge Ärztinnen Familie und Beruf miteinander vereinbaren können.

Eine Landarztquote beim Medizinstudium, wie von der grün-schwarzen Landesregierung eingeführt, lehne ich ab. Eine solche könnte aufgrund der langen Dauer bis zur Niederlassung als Arzt ohnehin erst in 15

Jahren greifen. Und niemand kann von einem jungen Menschen ernsthaft verlangen, dass er zu Beginn seines Studiums festlegt, wo er nach seinem Studium 15 Jahre lang leben und arbeiten möchte.

Dass die Telemedizin ein wichtiger Baustein werden muss, das wurde beim letzten Liberalen Seniorentag der FDP ganz deutlich. Hier bin ich mit vielen Senioren aus dem ganzen Bundesland ins Gespräch gekommen. Es zeigte sich, dass auch die älteren Bürgerinnen und Bürger an der telemedizinischen Versorgung interessiert sind.

Leben im Alter

Sollte die FDP an der zukünftigen Landesregierung beteiligt sein, wird die Schaffung von neuem Wohnraum eines der Kernanliegen von uns sein. Es gilt, mehr Investitionen in den Bau neuer Wohnungen zu ermöglichen sowie das Bauen günstiger und schneller zu machen.

Maßnahmen die ich als dringend erforderlich erachte: Die Schaffung von Wohnraum – egal ob barrierefrei oder nicht – muss günstiger werden. Daher setzen wir uns dafür ein, durch eine sinnvolle Novelle der Landesbauordnung die Baukosten zu senken und unnötige kostentreibende Vorgaben wie überdachte Fahrradabstellplätze und zwingende Fassadenbegrünung zu streichen. Ebenfalls setzen wir uns für eine Senkung der Grunderwerbssteuer ein – 3,5% statt 5% sind vollkommen ausreichend. Die Wohnbauförderung des Landes möchten wir neu konzipieren und die Förderung von neuen Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern und Seniorenwohngemeinschaften durch eine Verringerung von Vorschriften erreichen.

Wir werden Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf den Weg bringen, die innovative Lösungen für eine Verbesserung der Lebensqualität pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen jeden Alters entwickeln. Insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz sehen wir großes Potenzial. Dazu gehört auch das Thema Wohnen im Alter voranzutreiben und hierbei auch alltagsunterstützende Technik in den Blick zu nehmen.

Rente

Bei dieser Frage geht es um einen Zeithorizont, der weit in der Zukunft liegt. Denn die bereits heute in Altersarmut lebenden Menschen können mit präventiven Maßnahmen nicht mehr erreicht werden. Hier geht es vielmehr darum, akute Hilfe zu leisten. Es ist der Vorschlag der Freien Demokraten, dass ältere Menschen, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind und privat vorgesorgt haben, einen Freibetrag in Höhe von 20 Prozent eingeräumt bekommen. Die derzeitige Anrechnung führt nämlich dazu, dass sich derjenige, der privat vorgesorgt hat, als benachteiligt fühlt, weil eine Anrechnung auf die Grundsicherung stattfindet.

Perspektivisch geht es darum, Brüche in den Erwerbsbiographien zu vermeiden sowie familien- und pflegebedingte Auszeiten angemessen zu berücksichtigen. Auch ist das Weiterbildungswesen zu stärken, um das Überwinden von prekären Arbeitsverhältnissen zu erleichtern. Des Weiteren sind die private und betriebliche Altersvorsorge als seit jeher unerlässliche weitere Standbeine neben der gesetzlichen Rente zu stärken.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen personell und materiell so gut ausgestattet sein, dass Straftaten zügig zu den dafür vorgesehenen Sanktionen führen. Die Herausforderungen an die Polizei sind vielfältiger als in der Vergangenheit: Neben der Bekämpfung der Alltagskriminalität treten komplexer werdende Formen organisierter Gewalt- und Wirtschaftskriminalität auf. In diesen Bereichen muss das Recht unbedingt konsequent durchgesetzt werden, um einerseits die Menschen vor Schaden zu bewahren, andererseits, um das notwendige Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Organe zu stärken.

Mobilität

Die Barrierefreiheit ist nicht nur für Menschen mit Behinderung von großer Bedeutung, sie nützt auch jungen Familien mit Kinderwägen oder älteren Menschen. Nach geltendem Recht muss der Öffentliche Personennahverkehr bis Jahresanfang 2022 barrierefrei gestaltet sein. Doch wie ist die Situation bei uns? Es fehlt ein durchfinanziertes Konzept, wie die Barrierefreiheit erreicht werden kann. Auch diese Thematik muss endlich zur Selbstverständlichkeit werden, vor allem auch im Ländlichen Raum. Ein attraktiver ÖPNV und pünktliche Züge könnten Ihren Alltag erheblich erleichtern. Im Moment gibt es aber noch immer zu viele Bushaltestellen, Bahnhöfe oder Ampelanlagen, die meinen persönlichen Ansprüchen an Barrierefreiheit nicht gerecht werden. Dies gilt selbstverständlich auch für öffentliche Gebäude.

Mit der Novellierung der Landesbauordnung im Jahre 1996 wurde eine umfassende Barrierefreiheit für viele Neubauten vorgesehen. Jetzt geht es darum, den Bestand anzupassen. Für uns Freie Demokraten kommt die Barrierefreiheit einem Bürgerrecht gleich. Denn nur sie ermöglicht es, dass sich Jede und Jeder selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe, also in Freiheit, bewegen kann.

Wir freuen uns, dass zahlreiche Verkehrsverbände für Seniorinnen und Senioren besondere Angebote bereithalten, die günstiger als die allgemeinen Tarife sind. Wenn es um das Thema Fahrtauglichkeit geht, dann setze ich unbedingt auf Aufklärung. Eine Prüfpflicht der Fahrtauglichkeit lehne ich ab.

Levin Eisenmann, Landtagskandidat CDU

Gesellschaftlicher Zusammenhalt zwischen Jung und Alt Zusammenhalt, Rücksichtnahme und Solidarität - diese Werte erleben momentan eine Renaissance, denn auf sie kommt es in der aktuellen Corona-Pandemie besonders an.

Ich wünsche mir, dass wir diese Werte auch nach Überwindung der Krise beibehalten. Zusammenhalt zwischen Jung und Alt - das war schon immer ein wichtiger Grundsatz meiner politischen Arbeit. Als Vorsitzender der Jungen Union habe ich viele Themen gemeinsam mit der Senioren Union angestoßen: Denn wir haben gemerkt, dass viele Themen generationenübergreifend aktuell sind: Seien es zum Beispiel barrierefreie Bahnhöfe
- dies betrifft die junge Mutter mit einem Kinderwagen genauso wie eine ältere Person mit Rollator. Oder sei es die Finanzierung der Rente - das betrifft den Rentner, der von einer sicheren Rente ausgeht, genauso wie den jungen Arbeitnehmer, der in die Rentenkasse einzahlt aber nicht sicher weiß, wie seine Rente im Zuge des demographischen Wandels aussehen wird.
Das sollte für uns Anlass sein, gemeinsam die wichtigen Themen unserer Zeit und der Zukunft anzugehen. Ich freue mich dabei auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kreissenorenrat im Landkreis Konstanz und allen Seniorinnen und Senioren.

Corona-Pandemie

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt zur Zeit die größte Aufgabe dar. Die Aufgabe des Landes Baden-Württemberg ist es, das Impfverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen - damit möglichst schnell geimpft werden kann, sobald genügend Impfstoff vorhanden ist. Bayern hat vorgemacht, wie es funktionieren kann: Dort mussten sich die Senioren für einen Impftermin nicht die Hände wunden telefonieren und auch kein kompliziertes Online-Verfahren durchlaufen. Stattdessen ruft man in Bayern einmal bei einer zentralen Hotline an und hinterlegt dort seine Daten. Man bekommt dann automatisch einen Rückruf und einen festen Impftermin zugeteilt, sobald ein Impftermin frei ist. Ich mache mich dafür stark, dass wir in Baden-Württemberg endlich die technischen Voraussetzungen schaffen, damit das Impfverfahren vereinfacht wird. Außerdem braucht es eine Außenstelle des Kreisimpfzentrums in Konstanz, um ein wohnortnahes Impfangebot zu ermöglichen.

Medizinische Versorgung & Pflege

Uns wird momentan vor Augen geführt, wie wichtig die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind. Im Rahmen meiner Praktikurstour besuchte ich ein Krankenhaus, und ein Pflegeheim und arbeitete jeweils einen Tag lang vor Ort mit. Ich war beeindruckt von der super Arbeit des Personals. Um diese Berufe zu stärken, setze ich mich für eine Abschaffung der Ausbildungs- und Schulgebühren für die Gesundheitsberufe ein. Die Studiengebühren sind bereits weggefallen - jetzt müssen noch die Ausbildungsgebühren wegfallen.

Die Meistergebühren im Landkreis Konstanz sind übrigens bereits weggefallen - das war eine Initiative von der Jungen Union und von mir.

Klimaschutz

Als junger Landtagskandidat ist für mich die Nachhaltigkeit der Grundsatz meiner politischen Einstellung.

In unserer sonnenverwöhnten Region müssen wir den Fokus auf die Photovoltaik legen.

Diese müssen wir auf Häusern, gewerblichen Objekten, brachliegenden Flächen und an Fassaden ausbauen. Konkret braucht es ein Förderprogramm für Unternehmen und Kommunen, um freiliegende Parkplatzflächen mit Photovoltaik zu überdachen. So wird regional und sauber Strom erzeugt, die

parkenden Autos darunter sind vor Niederschlag und Hitze geschützt – außerdem können die parkenden Elektro-Fahrzeuge direkt mit dem Strom geladen werden. Daneben braucht es steuerliche Erleichterungen. Für Strom aus erneuerbaren Energien soll keine Umlage mehr bezahlt werden müssen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass dies so schnell wie möglich vollumfänglich eintritt.

Die Wälder prägen unsere Landschaft und spielen bei der CO₂-Reduzierung eine wichtige Rolle. Als persönlichen Beitrag pflanze ich für jede 50. Stimme, die ich bei der Landtagswahl bekomme, einen Baum in der Region. Zusätzlich braucht es ein Waldprogramm, das das Pflanzen von klimaverträglichen Baumarten in unseren Wäldern fördert.

Als ein Grundsatz in unserer sensiblen Region gilt: Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

Deshalb müssen wir den Fokus auf innerörtliche Brachflächen legen – die Einführung

einer „Grundsteuer C“ könnte Grundstückseigentümern Anreize setzen, ihre Brachflächen zu bebauen oder sie zur Bebauung zu veräußern. Innenentwicklung allein reicht aber nicht immer. Deshalb braucht es die Möglichkeit für Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt, ihr Baulandangebot sensibel auszuweiten.

Denn es gilt der Grundsatz: Jeder Bürger muss ein Zuhause in seiner Heimatkommune

finden können, unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten.

Innere Sicherheit

Die CDU hat in den letzten fünf Jahren für eine große Einstellungsoffensive bei der Polizei gesorgt - über 9.000 Frauen und Männer, haben eine Ausbildung bei der Polizei begonnen.

Die Ausbildung dauert eine gewisse Zeit - aber schon bald werden die Polizistinnen und Polizisten auf der Straße sein und somit die Polizeipräsenz spürbar erhöhen.

Auch die Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten wurde verbessert. Insbesondere die Bodycam ist zu nennen, die bei der Aufklärung von Gewalt gegen Einsatzkräfte hilft und zugleich eine abschreckende Wirkung hat. In den nächsten Jahren müssen wir die Ausrüstung weiter verbessern und vor allem auch an die Gegebenheit anpassen, dass immer mehr Straftaten im Internet stattfinden.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche konnte im Vergleich zu 2014 halbiert werden - die Zahl

befindet sich derzeit auf einem Zehnjahrestief bei gesteigerter Aufklärungsquote. Wir müssen aber am hohen Fahndungsdruck, an einer hohen Kontrolldichte und an einer konsequenten Strafverfolgung dranbleiben.

Petra Rietzler, Landtagskandidatin der SPD Wahlkreis Konstanz und Hans-Peter Storz, Landtagskandidat der SPD – Wahlkreis Singen

Corona / Covid-19

- Covid-19 als größte Herausforderung unserer Zeit für die Gesundheitspolitik
- Lockdown, Kontaktreduzierung – Lockern wenn Infektionszahlen sinken - Impfregelungen bei Mangel an Impfstoff
- Sonderregelungen für Geimpfte

Die rasend schnelle Verbreitung des gefährlichen Corona-Virus rund um die Welt zeigt, wie verletzlich unsere globalisierte Gesellschaft ist. Wie unter dem Vergrößerungsglas sehen wir Stärken und Schwächen unserer sozialen Ordnung und unseres Gesundheitswesens. So ist es eine faszinierende Leistung von Wissenschaft und Forschung, dass in weniger als einem Jahr gleich mehrere Impfstoffe vorhanden sind und angewandt werden. Gleichzeitig sehen wir, wie unser teures Gesundheitswesen, aber auch unser Sozialstaat diesen Herausforderungen unzureichend gewachsen ist.

Dass der Start eines Impfprogramms für die ganze Bevölkerung nicht ganz reibungslos erfolgt, war zu erwarten. Dass knapp sechs Wochen nach Impfbeginn alles immer noch zu langsam geht, ist mit dem Anspruch, den vor allem unsere Landesregierung erhebt, nur schwer vereinbar. Das zuständige grün-geführte Sozialministerium ist leider überfordert.

Die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Auswirkungen des sogenannten lockdowns sind immens. Daher muss ständig geprüft werden, ob die Maßnahmen noch verhältnismäßig sind. Neben der generellen Inzidenz sind für Lockerungen stets auch Aspekte wie das konkrete Infektionsrisiko bestimmter Personengruppen und in bestimmten Lebenslagen konkret abzuwägen. Entscheidungsgründe müssen verständlich und nachvollziehbar mitgeteilt und rechtzeitig veröffentlicht werden. Wir wünschen uns auch mehr Disziplin der Minister bei Interview-Äußerungen. Die Ankündigung Frau Eisenmanns (CDU), die Schulen nach den Weihnachtsferien um jeden Preis öffnen zu wollen, war verantwortungslos.

Auch die Impfstrategie des Landes muss regelmäßig überprüft werden. So ist die Überlegung, auch pädagogisches Personal vorrangig zu impfen, durchaus sachgerecht. Allerdings hat Sozialminister Manne Lucha (Grüne) zum wiederholten Mal Erwartungen geweckt, die er nicht erfüllen kann. Priorität bei Impfungen müssen aber diejenigen haben, die dem höchsten Risiko ausgesetzt sind. Solange nicht hinreichend gesichert ist, dass geimpfte Personen die Krankheit nicht weiter übertragen, kann es derzeit keine Sonderregelungen für diese Menschen geben.

Der öffentliche Gesundheitsdienst führte zu lange ein Schattendasein in unserem Land. Jetzt wissen wir, wir müssen ihn ausbauen. Unter der SPD-Sozialministerin Katrin Altpeter wurde damit begonnen, daran wollen wir anknüpfen.

Klimaschutz

- CO2-Reduzierung und Arbeitsplätze
- Sorgsamer Umgang mit der Natur, auch im Baurecht
- Wiederverwertung von Rohstoffen

Der grüne Teil der Landesregierung hat viel vom Klimaschutz gesprochen und wenig erreicht. Insbesondere beim Ausbau Erneuerbarer Energien und der Stromnetze bleibt das Land hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Nicht ohne Grund beendet der grüne Umweltminister seine politische Laufbahn.

Wirksamer Klimaschutz erfordert umfassende Änderungen in der Industrie, im Verkehrsbereich und bei der Energieerzeugung für Strom und Wärme. Gerade im Bereich der Industrie muss der Umbau gemeinsam mit den Unternehmen erfolgen: Wenn durch falsche Politik zum Beispiel die Alu ihren Standort ins Ausland verlagert, wo andere Umweltstandards gelten, nützt das dem Klima nichts. Doch bei uns werden Arbeitsplätze vernichtet und viele Menschen trotz aller sozialer Sicherung in die Langzeit-Arbeitslosigkeit

verdrängt. Wir wollen mit einem Zukunftsfonds den Umbau der Industrie begleiten und so Arbeitsplätze sichern und neue Jobs fördern. Im Verkehrssektor müssen wir Angebote im öffentlichen Verkehr verbessern, auf die die Menschen gerne umsteigen. Das ist wirksamer als ein Kulturkampf gegen das Auto. Mit dem 365-Euro-Ticket verbinden wir attraktive Angebote mit einem günstigen Preis. Wir wollen weitere Flächen des Landes unter Naturschutz stellen. Mit Sorge sehen wir, wie Klimaschutz gegen die Bedürfnisse der Menschen in Stellung gebracht wird und dringend benötigten (Miet-) Wohnungsbau verhindert werden soll. Wer aber die Menschen aus den Städten ins Umland vertreibt, erzeugt nur neuen Verkehr. Daher wollen wir flächen- und energiesparendes Bauen besser unterstützen als bisher. Unser Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft, in der möglichst alle Rohstoffe wiederverwertet werden können.

Pflege

- fehlende Pflegeplätze in unserem Landkreis
- zu wenige und überlastete Pflegekräfte in allen Gesundheitsberufen
- Entbürokratisierung der Pflege

Medizinische Versorgung

- fehlende Pflegeplätze in unserem Landkreis
- zu wenige und überlastete Pflegekräfte in allen Gesundheitsberufen
- Probleme im ländlichen Raum sind seit Jahren bekannt
- Mediz. Versorgung als Aufgabe der Verwaltungen zur Daseinsvorsorge
- Telemedizin, auch unter Einbeziehung ambulanter Pflegedienste

Wegen des engen Zusammenhangs beantworten wir beide Fragen zusammen: Wir stimmen dem Kreissenorenrat zu: Die medizinische Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Im ländlichen Raum erfüllen die Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Sicherstellungsauftrag der ärztlichen Versorgung nicht hinreichend. Wir wollen daher Modelle wie Zweig- und Gemeinschaftspraxen, kommunale medizinische Versorgungszentren und telemedizinische Behandlungen stärker fördern. Das Genossenschaftsmodell für das Ärztehaus in Tengen hat Vorbildcharakter für das ganze Land. Finanzielle Anreize sollen die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Regionen fördern. Nur mit mehr Studienplätzen gibt es mehr Ärzte. Im stationären Sektor werden wir dafür sorgen, dass das Land seine Pflicht in der Finanzierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen erfüllt.

Pflege ist ein erfüllender Beruf. Gerade durch sozialdemokratische Politik sorgt für eine entsprechende Wertschätzung und konnte auf der Bundesebene in den letzten Jahren Einiges zur Verbesserung der Pflege erreicht. So eröffnet die generalisierte Ausbildung erweiterte berufliche Perspektiven, eine ordentliche Bezahlung ist für examinierte Kräfte sichergestellt, für Hilfskräfte gibt es allerdings noch viel zu tun. Soweit das Land zuständig ist, sorgen wir für bessere Personalschlüssel. Das Schulgeld für die Pflegeausbildung wollen wir abschaffen. Es ist Aufgabe der Landkreise durch eine gute Altenhilfeplanung für ausreichend Pflegeplätze sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich zu sorgen. Verbesserungen in der Pflege müssen sich auch in den Vergütungsregelungen der Pflegeversicherung niederschlagen, deswegen gab es in den vergangenen Jahren auch gerechtfertigte Beitragserhöhungen.

Leben im Alter

- demografischer Wandel
- gesetzgeberische Maßnahmen als Anreiz zur Förderung von sozialem Wohnraum
- Schaffung von mehr und besseren Möglichkeiten für ein Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit
- Einsamkeit im Alter, ein zunehmendes Problem schon vor Corona

Die Menschen werden älter und das ist eine gute Nachricht. Damit sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben bleiben können, sind mehr barrierefreie und barrierearme Wohnungen notwendig. Dazu wollen wir die Landesbauordnung ändern. Durch die Förderung modularer Bauweise wollen wir eine nachträgliche Anpassung von Wohnungen an die Bedürfnisse älterer Menschen erleichtern. Viele ältere Menschen bewohnen alleine oder zu zweit Wohnungen und Häuser, in denen sie früher mit der ganzen Familie gelebt haben und die jetzt zu groß sind. Gesonderte Wohnungswechselprogramme sollen den Umzug in seniorengerechte Wohnungen erleichtern. Derzeit scheitert dies alleine schon daran, dass

nach einem Umzug die Miete sehr stark ansteigt. Einsamkeit alleinstehender Menschen ist auch eine Folge einer Siedlungspolitik, die zu wenig Wert auf die Förderung guter Nachbarschaften legt. Wir wollen Stadt- und Ortsteile mit vielfältigen Begegnungsmöglichkeiten sichern und stellen dazu über eine erhöhte Städtebauförderung Instrumente für die Weiterentwicklung unserer Ortskerne bereit. Dadurch steigt die Lebensqualität Aller spürbar.

Rente

- Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut
 - Maßnahmen, nach einem langen Arbeitsleben nicht als Bittsteller zu den Sozialämtern gehen zu müssen
- Rentenpolitik ist Bundesangelegenheit. Mit der Grundrente, mit der das Altersruhegeld für langjährig Beschäftigte, aufgestockt wird, ist der SPD gegen heftigsten Widerstand ein großer Durchbruch gelungen. Wir wissen jedoch, dass es damit nicht getan ist: Als wichtige Aufgaben bleiben die dauerhafte Sicherung des Rentenniveaus über 2030 hinaus, die verbesserte Absicherung von Menschen neuer Beschäftigungsformen (Soloselbständige).

Sicherheit im öffentlichen Raum

- fehlende Sicherheit für ältere Menschen wie z.B. Kriminalität, Wohnungseinbrüche, Betrug und Gewalt. Dazu gehören auch Straßenverkehrsregelungen und mehr Polizeipräsenz.

Eine erfolgreiche Polizeireform der SPD hat bereits in der letzten Wahlperiode dafür gesorgt, dass mehr Polizisten vor Ort sind. Das führt bei vielen zu mehr Sicherheitsempfinden. Der Erfolg dieser Reform zeigt sich heute. In Singen leistet die Kommunale Kriminalprävention eine gute Arbeit. Solche Initiativen müssen weiter gefördert und ausgebaut werden. Andere Kommunen sollten hier von Singen lernen.

Mobilität

- bessere Bedingungen für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen
- Barrierefreiheit für mehr Lebensqualität und Teilhabe am öffentlichen Leben.
- Finanzielle Anreize zu besserer Nutzung des ÖPNV für Senior/Innen.
- Forderung nach Fahrtauglichkeitsprüfung im Alter

Barrierefreiheit ist zentraler Grundsatz der Stadtplanung, für öffentliche Einrichtungen und im Wohnungsbau. In den vergangenen Jahren sind hier viele Fortschritte gemacht worden, gleichwohl bleibt noch viel dafür zu tun: Zu viele Gebäude sind noch unzureichend erreichbar, zu viele Stolperfallen behindern viele Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit. Im Wohnungsbau wollen wir die Zuschüsse erhöhen, damit mehr barrierefreie Wohnungen entstehen können.

Das 365 Euro-Ticket bietet ein attraktives Angebot für alle Menschen, so dass zusätzliche Ermäßigungen für alle Senioren unabhängig von einer persönlichen Bedürftigkeit nicht erforderlich sind. Im Kreistag macht sich die SPD seit Jahren für Sozialtickets stark. Schon im Interesse der eigenen Sicherheit sollten alle ältere Menschen ihre Fahrtauglichkeit prüfen.

Hans-Jörg Laufer, Landtagskandidat der Freien Wähler im Wahlkreis Singen

Corona ist sicher seit dem letzten Weltkrieg und dessen Zeit danach, die größte Herausforderung an unsere Gesellschaft. Denke, dass die Tröpfcheninfektion das größte Risiko darstellt. Deshalb sind Abstand halten und Maske tragen ganz wichtige Maßnahmen. Dies sind wir vor allem den Immunschwachen und dem Klinikpersonal schuldig. Diese sind im Moment besonders gefordert.

Lockerung bei sinkenden Infektionszahlen sind eine Gefahr, durch die noch nicht einzuschätzenden Mutationen.

Impfregelungen bei Mangel an Impfstoff sind notwendig. Wichtig wäre, dass sich nicht jeder x mal bemühen müsste einen Termin zu bekommen, sondern bei Anmeldung eine Nachricht erhält.

Sonderregelung für Geimpfte sind aktuell noch ungerecht, da nicht alle die gleichen Chancen haben. Sollten sich bei genügend Impfstoff nicht genug melden, kann es eine Motivation sein, sich impfen zu lassen. Trotzdem sollte jedem freigestellt sein, sich impfen zu lassen.

Klimaschutz ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Wir sind für die Zukunft verantwortlich. Arbeitsplätze sind dadurch sogar zu schaffen. Im Baubereich kenne ich mich als 30jähriger Aufsichtsrat einer der größten, Baden Württembergischen Baugenossenschaften, dem Bauverein Breisgau, ganz gut aus. Für mich ist interessant, dass Bauen mit Holz nicht teurer ist, als herkömmliche Bauweisen, da durch eine ca. 6 monatige schnellere Fertigstellung und dadurch frühere Vermietung, die Mehrkosten wieder aufgefangen werden können. Holz ist empfindlich und deshalb ist es wichtig, gute sachverständige Firmen an der Hand zu haben. Negative Erfahrungen meiner Tochter und Schwiegersohn haben mich vorsichtig werden lassen. Kenne mittlerweile aber sehr gute Partner, die mit den Problemen der Holzverarbeitung umgehen können. Der beste Beweis sind die gut funktionierenden Schwarzwaldhäuser- und Höfe.

Wiederverwertung von Rohstoffen sind für mich eine Selbstverständlichkeit.

Pflege muss einfach besser bezahlt werden. Gerade in der Nähe zur Schweiz ganz besonders, da die Kräfte leicht abwandern. Bei entsprechender Bezahlung ist ein Stück der Motivation geleistet. Arbeitsbedingungen gehören auch dazu. Wertschätzung ist nicht zu unterschätzen, genügt aber alleine nicht.

Entbürokratisierung ist nicht nur in der Pflege notwendig, sondern zieht sich durch alle Bereiche. Gewerbetreibende, Bürger, Vereine etc.

Im medizinischen Bereich gilt das gleiche wie bei der Pflege. Die Probleme im ländlichen Bereich sind nur durch finanzielle Unterstützungen und Anreize zu lösen.

Telemedizin kann unterstützen aber nicht ersetzen, da nicht jedem Bürger die Voraussetzungen gegeben sind.

Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Quartiersvereins, der zur Baugenossenschaft gehört, sind mir die Probleme bekannt. Finanzielle Anreize sind unbedingt wichtig, da wir im Durchschnitt alle länger leben. Nur

alles kann der „Staat“ nicht finanzieren. Organisation von Nachbarschaftshilfe ist ebenso notwendig. Es gibt genug ehrenamtliche Helfer, die gerne unterstützen. Gerne kann ich dazu über Erfahrungen berichten. Aufwandsentschädigungen und kleine finanzielle Zuwendungen sind natürlich in vielen Fällen nötig. Es gibt aber auch genug Helfer, die gerne ehrenamtlich unterstützen.

Für Bürger, die ein langes Arbeitsleben oder familienunterstützende Tätigkeiten ausgeübt haben, sollten eine Mindestrente bekommen, die es nicht nötig machen, als Bittstellen dazustehen.

Sicherheit ist nicht nur für ältere Bürger nötig. Aber für diese ganz besonders. Mehr Polizeipräsenz und unterstützende Dienste haben z.B. in Freiburg gezeigt, wie hilfreich diese sind.

Mobilität ist ebenfalls für jedes Alter wichtig. Gerade jedoch ältere Menschen haben bereits Schwierigkeiten beim Einsteigen und dann auch noch den Fahrschein lösen zu müssen, um nicht schwarz zu fahren. Bei körperlichen zusätzlichen Hemmnissen sollten die Versorgungsämter den Amtsschimmel etwas weniger wiehern lassen.

Fahrtauglichkeit im Alter sollte geprüft werden zum Schutz der gesamten Bevölkerung, besonders aber auch der älteren Menschen.

Bernhard Eisenhut, Landtagskandidat AfD

Der ohne parlamentarisch-demokratische Legitimation der Bevölkerung auferlegte Lockdown hätte in dieser Form nicht stattfinden dürfen. Die „Corona-Delle“ wird uns noch lange beschäftigen und wir werden lernen müssen noch lange Zeit ev. sogar Jahre mit Corona und den Mutationen zu leben. Erforderlich sind Maßnahmen, die ein Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz, der Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte, der Lebensqualität der Bürger und wirtschaftlicher Stabilität anstreben. Risikogruppen sind besonders zu schützen.

Der Pflegenotstand im Land sowie im Kreis ist erschreckend – hier sind sofortige Maßnahmen gefragt wie z. B. eine Entbürokratisierung – Stufenausbildung – ich bin auch ein Vertreter für die Einführung des sozialen Jahres.

Das gleiche gilt auch für alle anderen medizinischen Bereiche. Vor allem im ländlichen Raum sind Anreize für Ärzte zu schaffen. Auch eine Residenzpflicht für Ärzte die an deutschen Universitäten studiert haben wäre denkbar.

Grundsätzlich müsste jedem nach einem langen Arbeitsleben eine anständige Rente zustehen. Ich plädiere hier als Grundversorgung für eine angemessene Grundrente ohne großen Bürokratieaufwand. Egal welchen Beruf jemand ausgeübt hat, oder was einbezahlt wurde, muss die Rente für ein vernünftiges Leben reichen.

Thorsten Otterbach, Landtagskandidat AfD

Corona/Covid 19

Ich möchte, wie es in den Städten Tübingen und Rostock vorgemacht wird, die Risikogruppen besser schützen, z. B. mit eigenen Einkaufszeiten und Taxigutscheinen. Der nächste wichtige Schritt ist nun das Aufzeigen von Normalisierungsperspektiven, da wir uns wohl auf Dauer mit Corona arrangieren müssen. Da man aktuell davon ausgeht, dass die Impfung alle ein bis zwei Jahre aufgefrischt werden muss, sind die Impfstoffe ab sofort in Eigenregie zu bestellen und nicht über die EU-Bürokratie in Brüssel. Nur deshalb ist unsere Impfquote in Deutschland eine der niedrigsten der Welt und der Lockdown wird länger dauern als anderenorts. Bei Impfstoffmangel sind grundsätzlich die Risikogruppen zuerst zu impfen. Auch die pflegenden Familienangehörigen sind bevorzugt zu impfen. Solange nicht geklärt ist, ob geimpfte trotzdem das Virus übertragen können und nicht jeder, der möchte, geimpft werden kann, stehen Sonderregelungen für Geimpfte für mich nicht zur Diskussion.

Klimaschutz

Ich selbst bin seit 30 Jahren BUND-Mitglied und beschäftige mich seit frühester Jugend mit Umweltthemen. Die Staaten müssen sich nicht nur wie in Paris auf ein theoretisches gemeinsames Vorgehen einigen, sondern dies auch gemeinsam umsetzen, da es ansonsten nur zu wirtschaftlichen Verwerfungen mit CO₂-Verschiebungen kommt, wie wir sie gerade in Deutschland negativ erleben. Wenn man sich in der EU darauf einigen würde, müsste man aber den Wirtschaftsraum vom Rest der Welt entkoppeln. Wir sehen das ja gerade in der Autoindustrie. Mercedes Vierzylindermotoren werden zukünftig für den gesamten Weltmarkt in China gefertigt. Das hat null CO₂-Eekt. Wir wohnen in einer der beliebtesten Regionen für Senioren in Deutschland. Auch viele von Ihnen sind zugezogen. Daher müssen in Zukunft alle Potenziale für die Nachverdichtung ausgeschöpft werden. Die Babyboomer gehen demnächst in Ruhestand, die einheimische Bevölkerung braucht Wohnraum und alleine in Konstanz braucht man jährlich 200 neue Wohnungen für Flüchtlinge. Die Wiederverwertung von Rohstoffen hat für mich Priorität, da die einfachsten Dinge bis heute nicht umgesetzt sind. Die Sortiermaschinen erkennen z. B. keine schwarzen Plastikblumentöpfe. Die kann man aber ganz einfach in anderen Farben herstellen.

Pflege

Die Anzahl der Pflegeplätze muss erhöht werden. Da es aber zu wenig Pflegekräfte gibt und zu viel Bürokratie, gibt es keine besonderen Anreize, ein neues Pflegeheim zu errichten. Die Entlohnung der Pflegekräfte muss daher dringend erhöht werden. Zusätzlich muss die Möglichkeit gegeben werden, mehr Entlastungskräfte einzustellen, damit sich die raren ausgebildeten Pfleger auf die eigentliche Pflegearbeit konzentrieren können. Zur Stärkung der häuslichen Pflege durch Familienangehörige sind die Pflegesätze an die für Pflegedienstleister anzugleichen. Pflegenden Familienangehörigen, die über diesen Weg gerne die Pflege zum Beruf machen möchten, muss aufgrund ihrer Erfahrung der Berufseinstieg erleichtert werden. Sie sehen wir von der AfD haben viele Ideen zum Thema Pflege und auch ein eigenes Wahlplakat mit dem Titel: „Pflege muss belohnt werden!“ dazu entworfen. Bürokratieabbau ist in allen Bereichen ein Programmschwerpunkt der AfD.

Medizinische Versorgung

Ich wohne auf der Höri und sehe das Problem. Ausgebildete Ärzte sind keine Unternehmer. Da

ich selbst Unternehmensberater bin, schlage ich aus meiner Berufserfahrung heraus eine gezielte befristete betriebswirtschaftliche Unterstützung für angehende Landärzte vor. Dazu gehört auch ein Konzept für eine Gemeinschaftspraxis. Wieso sollen auf dem Dorf nicht ein Zahnarzt und ein Allgemeinarzt einen gemeinsamen Empfang und ein gemeinsames Wartezimmer haben? Hier sind Ideen gefragt, denn eine gesunde wirtschaftliche Existenz ist bei entsprechendem Konzept auch für Ärzte auf dem Land gegeben. Leider ist Deutschland digitales Entwicklungsland, auch im EU-Vergleich. Ich möchte als Landtagsabgeordneter den Schwerpunkt auf Digitalisierung von Schulen, Verwaltung und allen anderen öffentlichen Bereichen schaffen. Die Telemedizin ist für Ärzte kein Problem, aber es müssen von der Politik umfangreiche rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Leben im Alter

Unser Land muss noch kinderfreundlicher werden. Wir finanzieren mit unseren Steuergeldern über den Länderfinanzausgleich gebührenfreie Kindergärten in vielen anderen Bundesländern. Wir wollen unsere Eltern gleichstellen und auch in Baden-Württemberg die Kindergartengebühren abschaffen. Bei der SÜDKURIER Podiumsdiskussion in Konstanz haben CDU, FDP und Grüne leider dagegen gestimmt. Es wollen immer mehr Menschen in unserer Region leben, aber es sollen keine neuen Wohnbaugebiete erschlossen werden. Das passt einfach nicht zusammen. Ohne Bauland nützt auch eine soziale Wohnbauförderung nichts. Da muss jetzt der Gordische Knoten durchschlagen werden. Schon bei der Planung von neuen Gebäuden muss die altersgerechte Nutzung berücksichtigt werden. Ich als Fertighausunternehmer mache das mit meinen Kunden schon seit 32 Jahren. Der Einsamkeit im Alter kann durch Mehrgenerationenprojekte entgegengewirkt werden. Für diese beiden Punkte muss einfach einmal ein Ideenkatalog erstellt werden, den interessierte dann als Blaupause dauerhaft nutzen können.

Rente

Wir werden in 20 Jahren 8 Mio. mehr Rentner und 8 Mio. weniger Erwerbstätige haben. Da andere Politiker nicht soweit denken können oder wollen, möchte ich als Unternehmensberater, der von Beruf aus perspektivisch denken muss, diese Debatte wieder anstoßen. Hier wird es größte Widerstände gegen Reformen geben, da es in jedem Fall Verlierer geben wird. Nur wir von der AfD sind bekanntlich für Volksentscheide nach Schweizer Vorbild. Es müssen daher verschiedene Alterskonzepte entwickelt und diese dem Volk zu Abstimmung gestellt werden, damit dann auch das Volk hinter der Entscheidung stehen kann. Dies muss schnellstmöglich geschehen. Bei der Altersversorgung muss auch die Lebensleistung gewürdigt werden. Dies ist im Moment leider nur unzureichend der Fall.

Sicherheit im öffentlichen Raum Keine andere Partei unterstützt Ihre Forderungen nach mehr Sicherheit und mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum mehr als die AfD. Leider schwimmen wir hier gegen den Strom. Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm sogar weitere Reformen zur Haft- und Strafvermeidung.

Dadurch werden auch die letzten Abschreckungen vor Straftaten genommen.

Mobilität

Gerade im Alter ist Mobilität sehr wichtig, damit man mitten in der Gesellschaft verankert bleiben kann. Es muss bei Neubau, Umbau, Renovierung und Bauten aller Art im öffentlichen Raum noch konsequenter auf die Bauausführung für Senioren, Rollstuhlfahrer, Sehbehinderte, ja einfach für möglichst alle Bürger geachtet werden. Das ist in vielen Fällen ja nicht einmal mit Kosten verbunden, wie ich aus meiner eigenen Bauerfahrung weiß. Der ÖPNV muss auch für Menschen mit geringem Einkommen genutzt werden können. Spontane Idee: Analog zum Landesfamilienpass könnte man einen Landeseniorenpass einführen, der zur Nutzung des

ÖPNV zum ermäßigten Tarif berechtigt. Eine Fahrtauglichkeitsprüfung im Alter halte ich aktuell nicht für erforderlich. Weisen Sie Ihre Kinder früh genug darauf hin, dass Sie Ihnen zum richtigen Zeitpunkt das Auto wegnehmen, so wie es meine Mutter gemacht hat. Ich bezweifle, dass eine Fahrtauglichkeitsprüfung alle fünf Jahre den richtigen Zeitpunkt zur Aufgabe des Führerscheins trifft.

Michael Hinzen, Landtagskandidat Ökologisch-Demokratische Partei – Familie und Umwelt – ÖDP

Leider hat man Corona / Covid-19 zur größten Herausforderung der Gesundheitspolitik werden lassen. Sinnvollerweise hätte man die erkrankten Personen und Personen im Umfeld großzügig in Unterkünften in Quarantäne gesteckt und für finanziellen Ausgleich gesorgt. So dass die Toleranz für die Maßnahme in der Gesellschaft geschaffen wäre. - Aufklärung, Überzeugungsarbeit und Aufruf zu eiserner Disziplin sind meine Ansätze gegen Angst Intoleranz, Demokratie verpflichtet. Dann könnte die Bevölkerung über einen relativen kurzen Zeitraum die Zahlen in den Bereich bekommen, dass man obige Maßnahmen ergreifen könnte. - Überall da wo Personen eng miteinander leben und einen starken Kontaktwechsel ausgesetzt sind, der sich nicht vermeiden lässt, dort sollte zuerst der Fokus für die Impfungen liegen. Es gilt die Ausbreitung zu vermeiden. - Ich bin gegen eine Sonderregelung für Geimpfte.

Wenn ich bei den restlichen Punkten nur ein paar Punkte raussuche, dann kann man ohne Widerspruch der Argumente davonkommen, will man alle Punkte aber unter einem Dach bekommen, wird ein größerer weltweiter gesellschaftlicher Umbruch nötig sein. Der natürliche Lebensraum Erde ist nun mal ein kommunistisches System. Forcieren wir Konsum und Vollbeschäftigung bei 40 Std./Woche so wird zur raschen Umsetzung der Klimaziele irgendwo auf der Erde direkt vermehrt CO2 das kann dann aber später zur CO2 Einsparung führen.

Konsequente CO2 Reduzierung ist nur mit Arbeitszeitreduzierung und kürzeren Arbeitszeiten möglich, wenn Vollbeschäftigung gewünscht ist, dafür setze ich mich ein. (Konsumreduzierung) - Unter dem Aspekt der Nahrungssicherung ist der Flächenverbrauch von Produktiven Flächen zu Stoppen. Der Klimawandel wird kommen und wir wissen nicht, welche Flächen bei steigender Bevölkerungsdichte zur Nahrungsproduktion übrigbleiben. - Wiederverwertung von Rohstoffen ist ein Muss. Bei einer Vollkostenrechnung, bei der die Belastung der Umwelt eines Produktes zu realistischen Preisen dem Produktpreis zugeschlagen wird, würde dazu führen, dass der Punkt auf jeden Fall sichergestellt wird.

Bei den Themen Pflege und Medizinische Versorgung ist es wichtig die Attraktivität der Berufe zu steigern. In dem Rahmen werden von den Tarifparteien Flächentarifverträgen verhandelt und es werden Mindestlöhne festgelegt, die über die Jahre entsprechend ansteigen. Von Bedeutung ist die politische Stützung des Tarifvertragssystems, dass es zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Verträge kommt. Auf der anderen Seite muss das System auch finanzierbar bleiben. Die geburtenreichen Jahrgänge kommen noch. Da wird man nicht daran vorbeikommen Arbeitsmodelle, z.B. niedrigere Wochenarbeitsstunden, zu überdenken und Anreize zu schaffen, dass man im Alter von 70 Jahren noch im Berufsleben eingebunden ist. Dies könnte dann zur Absenkung der Arbeitsbelastung auch in jüngeren Altersgruppen führen, wodurch dann mehr Zeit für die Familie bliebe. Diese Zeit könnte auch zur Einbindung der älteren Generation in die Familie genutzt werden, was sich hoffentlich positiv auf den Pflegebedarf auswirken könnte.

Um die Themen der Rente und Leben im Alter angehen zu können brauchen wir eine Stabile Wirtschaft da die bisherige Absicherung auf den Generationenvertrag beruht. Diese Wirtschaft muss aber nachhaltig gestaltet werden, sonst hat die folgenden Generationen auch nichts davon.

Ja, wir brauchen mehr Sicherheit. Diese wird aber nicht nur durch mehr Polizeipräsenz geben. Die Sicherheit kommt auch stark aus dem Zusammenhalt der Gesellschaft heraus. Solange wir immer mehr als Individualisten leben wollen, wird sich die gewünschte Sicherheit nicht einstellen können. Wir müssen das

Aufeinander zugehen von Menschen und eine Größere gegenseitige Toleranz untereinander fördern. Wir können nur als Gesellschaft stark sein. Die Herausforderung wird sein, die entstandenen kriminellen Strukturen und Verflechtungen aufzubrechen.

Der Ausbau des ÖPNV muss vorangetrieben werden, so dass es die Attraktivität für die Anschaffung und Unterhaltung des eigenen Fahrzeuges sinkt. Das Konzept des ÖPNV muss darauf ausgelegt sein, dass die Mobilität erhalten bleibt und die Beförderungskosten inklusive Kosten für bedarfsbedingter Nutzung von Carsharing Modellen unter den Kosten des privaten PKW liegen. Man kann davon ausgehen, dass die jährlichen Kosten für einen Kleinwagen in etwa bei 2400 bis 3600 €/a liegen können. Nicht nur der ÖPNV sondern der ÖPV muss an Attraktivität gewinnen. Erst bei starker Absenkung des Individualverkehrs lässt sich der Verkehrsraum reduzieren, wodurch laufende Ausgaben in dem Bereich Ausbau und Instandhaltung der Verkehrsfläche eingespart werden die dann dem ÖPV zufließen können.

Auch wenn ich ihnen hier nichts direkt an Leistungen versprechen kann, so hoffe ich, dass ich ihnen vermitteln kann, dass ich mit Sachverstand an die Lösung der Aufgaben herangehen will. Bei einer Wahl bin ich allen Bürgern mit meinem Handeln verpflichtet. Das System ist sehr komplex und es gilt den Überblick zu behalten.

Franz Weber, Ökologisch-Demokratische Partei – Familie und Umwelt – ÖDP

Corona / Covid-19

Zur Klarstellung vorweg: Ich weiß, dass es Corona gibt und dass damit nicht zu spaßen ist.

Trotzdem habe ich ein paar Fragen, die geklärt werden müssen:

Weshalb sind im Jahre 2021 in Deutschland ca. 20 Krankenhäuser geschlossen worden, wo doch jedes Bett dringend gebraucht wurde?

Angeblich konnten sie im Wettbewerb nicht mehr bestehen (Aussage von Faktencheck). Ist es der richtige Weg, Krankenhäuser in rentable Wirtschaftsunternehmen umzuwandeln? Das führt uns zum Stichwort „Privatisierung“, allseits bekannt von Bahn, Post und Telekom. Die

Folgen sind hinreichend bekannt. Hier muss die Frage erlaubt sein, wer die Politik bestimmt. Landes- und Bundespolitik sind immer mehr nur die Umsetzungen von oben, vor allem von der EU. Ca. 84 % aller neuen Bundesgesetze sind Umsetzungen von Vorgaben der EU. Dass die EU erhebliche Demokratiemängel hat, ist belegt, kann aber aus Platzgründen hier nicht näher erläutert werden (so hat das EU-Parlament kein Recht Gesetze einzubringen).

Und wer gestaltet wesentlich die EU-Politik mit? Das sind eine Reihe von sehr einflussreichen Institutionen und Kreisen (sog. Denkfabriken), welche sich den Neoliberalismus auf die Fahnen geschrieben haben. Die wichtigsten Forderungen:

Abschaffung möglichst aller staatlichen Reglementierungen der Wirtschaft

Privatisierung möglichst aller öffentlichen Betriebe

Niedriglohnsektor massiv ausweiten und alle Sozialleistungen kürzen (Vgl. Klaus Buchner: Diktatur der Märkte, Tectum Verlag 2018).

Prof. Dr. Klaus Buchner war sechs Jahre für die ÖDP im Europäischen Parlament.

Seine Aussagen sind alle gut belegt.

Die wichtigsten Lobbyorganisationen:

ERT (Der europ. Runde Tisch der Industriellen)

CFR (Council of Foreign Relations)

Atlantik-Brücke

Bilderberger Gruppe

TK (Trilaterale Kommission)

WEF (Weltwirtschaftsforum von Davos)

Bertelsmann-Stiftung

Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik

Diese Organisationen sind inhaltlich und personell eng miteinander verbunden.

Ein Blick in die Mitgliederliste der Atlantik-Brücke offenbart, weshalb bestimmte Entscheidungen in unserem Land so und nicht anders ausgefallen sind (Privatisierungen, Fracking-Abstimmung, Saatgutverordnung, ständig wachsende Benachteiligung naturnaher Heilmethoden, Hartz IV, Schere zwischen Arm (Fleißig) und Reich geht trotz vieler Versprechungen, vor allem vor Wahlen, immer weiter auseinander, Gentechnik usw.).

In der Atlantik-Brücke sind Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien (mit zwei Ausnahmen – Stand 2018) zu finden.

Ausführliche Infos über diese Denkfabriken sind im o.g. Buch zu finden:

K. Buchner: Diktatur der Märkte, mit 378 Quellenangaben und Anmerkungen.

Wer diese Parteien wählt, unterstützt diese neoliberale Politik.

Und nun zurück zu Corona:

Weshalb werden beim Diskurs über das Thema und die Maßnahmen renommierte Wissenschaftler, welche die Regierungsmeinung nicht teilen, außen vorgelassen und sogar verunglimpft?

Weshalb werden Fachleute verschiedener Bereiche, welche an den Entscheidungen mitbeteiligt werden sollten, nicht eingeladen?

Weshalb werden Bewertungskriterien für die Pandemie immer wieder geändert?

Wenn die angepeilten Zahlen erreicht sind, werden die Kriterien geändert, um die Maßnahmen verlängern zu können.

Weshalb ist aus einer parlamentarischen Politik eine Verordnungspolitik der Regierungen geworden?

Klimaschutz

Die ÖDP verlangt einen konsequenten Klimaschutz. Ich persönlich sehe den wissenschaftlichen Diskurs darüber noch nicht als geklärt.

In einer Sitzung des Umweltausschusses im Bundestag kam Prof. Shaviv von der hebräischen Uni in Jerusalem zu Wort und legte dar, dass aus seiner Sicht die Verursachung des Klimawandels durch menschengemachte CO₂-Anreicherung nicht zu begründen sei.

Prof. Levermann vom Potsdam-Institut antwortete darauf emotional, aber nicht wissenschaftlich, für mich jedenfalls in keiner Weise überzeugend:

<https://www.youtube.com/watch?v=FVQjCLdnk3k&feature=youtu.be>

Min. 1:40 ff, 5:00 ff, 5:30 ff, 9:35

Dass die Natur wesentlich mehr Schutz benötigt, steht außer Frage: „Wir haben diese Erde von unseren Enkeln geborgt.“

Die Wiederverwertung von Rohstoffen muss noch deutlich gesteigert werden.

Pflege

So wie die Erziehungsarbeit zu Hause mit Rentenanspruch entlohnt werden muss, so muss auch die Pflege in der Familie entsprechend entlohnt werden, damit Senioren möglichst lange im gewohnten Umfeld leben können.

Die Pflege in Heimen darf nicht durch Sparmaßnahmen auf ein menschenunwürdiges Niveau herunter gedrückt werden. Die Personalschlüssel müssen entsprechend geändert und die Entlohnung verbessert werden. Ursache der Misere: Nach Privatisierungen wird vieles dem Sparstift geopfert (vgl. oben!).

Weniger Schreibkram, dafür mehr Zeit für Zuwendung!

Medizinische Versorgung

Die Versorgung auf dem Land muss durch unterstützende Maßnahmen gesichert werden. Weitere Maßnahmen: Vgl. Pflege!

Leben im Alter

Die ältere Generation verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, welcher der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen sollte. Diesen Schatz zu bergen und nicht achtlos verloren gehen zu lassen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates.

Senioren sollen möglichst lange in der gewohnten Umgebung oder im Familienverband leben können.

Im Verkehrsbereich und bei der Infrastruktur ist auf die Bedürfnisse der Senioren besondere Rücksicht zu nehmen. Vor allem auf dem Land müssen neue Formen der altersgerechten Mobilität entwickelt werden.

Unterstützende Angebote im alltäglichen Bereich (z.B. Nachbarschaftshilfe) müssen ausgeweitet und gefördert werden.

Erweiterung des Angebots an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen.

Rente

Erst ab einem Mindestlohn von 12 € ist eine ausreichende Rente zu erwarten.

Es kann nicht sein, dass Menschen ihr Leben lang hart gearbeitet haben, im Alter allenfalls Almosen bekommen. Sind die Rentenkassen regelwidrig für andere Zwecke verwendet worden? Dass Geld vorhanden wäre, hatte Mitte der 90-er Jahre die Caritas vorgerechnet: Von den „Superreichen“ wurden damals jährlich ca. 200 Milliarden DM am Finanzamt vorbei geschleust. Ebenfalls ein Hinweis nach oben: Abbau von Sozialstandards durch den Neoliberalismus.

Sicherheit

Mehr Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit, auch zu Fuß, in Problembereichen auch in Zivil. Auch das kann Arbeitsplätze schaffen. Eine ausufernde Videoüberwachung ist kritisch zu sehen.

Mobilität

Vgl. Leben im Alter!

Weshalb schaffen wir nicht, was in Südtirol schon seit Jahren realisiert ist:

Rentner fahren kostenlos im ÖPNV.

Solange keine eindeutigen Ergebnisse der Unfallstatistik vorliegen, kann auf eine Fahrtauglichkeitsprüfung für Senioren verzichtet werden. In der Regel bemerken die Senioren selbst, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, ab welchem sie kein KFZ steuern sollten.

Hanna Antony, Landtagskandidatin VOLT Europa

Corona / Covid-19

Um die weitere Ausbreitung der Mutationen wie B.1.1.7. zu minimieren, befürworte ich die ZeroCovid-Strategie. Diese besteht aus drei Stufen, wobei Lockerungen der Regelungen wie z.B. die Öffnung von Schulen oder Besuche von Angehörigen in Pflegeheimen an niedrigere Fallzahlen geknüpft sind. Wichtig ist mir dabei vor allem, dass die Maßnahmen und angedachten Lockerungen von Anfang an klar kommuniziert werden. Hierbei ist eine europäische Zusammenarbeit erforderlich, um die Inzidenzzahlen gegen Null zu drücken. So können Infektionen wieder nachverfolgt und Risikogruppen, denen eine Impfung aus medizinischen Gründen nicht möglich ist, besser geschützt werden.

Ich spreche mich klar gegen Sonderregelungen für Geimpfte aus. Wie vom Deutschen Ethikrat empfohlen, sollten Lockerungen für die Gesamtbevölkerung gelten, da aktuell nicht jede*r die Möglichkeit hat, sich impfen zu lassen.

Klimaschutz

Dem Klimaschutz muss hohe Priorität zugeschrieben werden. Um ein CO₂-neutrales Baden-Württemberg bis 2035 zu schaffen, muss mehr Strom aus erneuerbaren Energien kommen. Erneuerbare Energie und andere Technologien im Bereich der Nachhaltigkeit schaffen neue Arbeitsplätze, gerade im Technologiestandort Baden-Württemberg. Der Umstieg auf Nachhaltige Produkte und Produktion ist eine für den Arbeitsmarkt herausfordernde, aber vielversprechende Entwicklung.

Persönlich finde ich bei den erneuerbaren Energien den Ausbau des Stromnetzes als den wichtigsten Ansatzpunkt. Das Stromnetz muss über Ländergrenzen hinweg flexibler werden, Stromüberschüsse intelligent umgeleitet oder gespeichert werden.

Um den natürlichen CO₂-Speicher zu vergrößern, brauchen wir eine großflächige Aufforstung. Städte sollten nicht noch enger bebaut werden, sondern durch mehr Grünflächen zu sogenannten „Schwammstädten“ werden, wodurch u.A. die Grundwasserspiegel wieder steigen. Auch energetische Sanierungen von Gebäuden spielen eine große Rolle.

Nicht nur Energie, auch weitere Ressourcen sollten nachhaltiger genutzt werden. Ein schönes Beispiel für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist das sog. „Doughnut-Modell“ der Stadt Amsterdam. Dieses sollte auch in Deutschland getestet werden. Zudem brauchen wir einen größeren Markt für Recycling-Produkte sowie Förderung für nachhaltige Innovationen.

Pflege

Letztes Jahr absolvierte ich ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) in einem psychiatrischen Krankenhaus, daher kenne ich die Folgen des Personalmangels in der Pflege nur zu gut. Um die Pflege attraktiver zu gestalten braucht es eine bessere Bezahlung und mehr Selbstbestimmung in der Organisation der einzelnen Stationen. Ein einheitlicher Personalbemessungsstandard und Personalschlüssel soll die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte senken. Ich denke auch, dass eine angemessene Vergütung von Freiwilligen, die im Wechselschichtdienst arbeiten, mehr junge Leute zu einem FSJ in der Pflege motiviert.

Medizinische Versorgung

Um die medizinische Versorgung zu verbessern, sollten ärztliche Assistenzberufe wie z.B. der Physician Assistant stärker gefördert werden und mehr Kompetenzen erhalten. So können Ärzte entlastet und gleichzeitig mehr Personal geschaffen werden. Was die Lage der Pflegeheime in Konstanz angeht, so denke ich, sollten neben Pflegeheimen insbesondere mobile Pflegedienste mehr gefördert werden. Diese erlauben den Patienten eine größere Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in ihrem gewohnten Umfeld.

Leben im Alter

Beim sozialen Wohnbau können öffentliche Wohnungsbaugesellschaften helfen. Zudem möchte Volt die Miete der Sozialwohnungen an das Einkommen der Bewohner koppeln. Bei der Quartierplanung soll darauf geachtet werden, dass alltägliche Wege zu Fuß zurückgelegt werden können. Dies soll zu einer Durchmischung des Wohnraumes führen. Es sollen anteilig alters- und behindertengerechte Wohnungen

entstehen. Gewerberäume und -flächen sollen in den Abendstunden und an Wochenenden engagierten Ortsgruppen und Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Dank der kurzen Wege haben auch Senior*Innen die Möglichkeit, an diesen Veranstaltungen im eigenen Quartier teilzunehmen.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Volt bevorzugt Maßnahmen wie die Wiedereinführung eines Alkoholverkaufsverbots ab 22 Uhr statt einer höheren Polizeipräsenz. Um Senioren besser vor Betrugsdelikten zu schützen, kann Aufklärungsarbeit über gängige Betrugsmaschen helfen. Diese Aufklärungsarbeit kann digital, aber auch durch Beamte vor Ort geleistet werden. Es bestehen bereits Angebote in sogenannten „polizeilichen Beratungsstellen“. Bei der Videoüberwachung (sowohl fest installierte Kameras als auch Body Cams, welche bei der Polizei eingesetzt werden) fordert Volt einen datenschutzfreundlicheren Einsatz und lehnt eine biometrische Gesichtserkennung grundsätzlich ab. Die Nutzung von intelligenter Videoüberwachung, welche nur bei Aktivität wie z.B. Wegrennen oder Schlagen aktiv wird, ist gegenüber einer Dauerüberwachung zu bevorzugen.

Mobilität

Damit möglichst viel Verkehr vermieden werden kann, sollte bei der Quartiersplanung das Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ umgesetzt werden. So können Autofahrten und die damit zusammenhängenden Parkplätze in der Innenstadt vermieden werden. Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, halte ich eine bauliche Trennung der Verkehrswege für die sinnvollste Möglichkeit, doch auch Geschwindigkeitsanpassungen und mehr Verkehrsberuhigte Bereiche könne hilfreich sein. Ich denke zum Beispiel, dass eine strikte Trennung von Autos und Fahrrädern die Fahrradstraße in Konstanz sehr viel sicherer gestalten würde.

Beim Thema ÖPNV möchte Volt ein 365Euro Jahresticket einführen. Zudem sind Bürgerbusse, die Wohngebiete mit Einkaufszentren verbinden, eine gute Alternative. Das ÖPNV Netz sollte vor allem einheitlicher werden. In Konstanz fände ich persönlich eine Zusammenarbeit von Bahn und den Stadtwerken immens hilfreich, sodass man ein Ticket für Bus und Bahn buchen kann und die Fahrpläne gemeinsam auf einer Webseite oder App finden kann. Auch das „Seniorentaxi“, das seit dem 01.11.21 für Senioren als Alternative zum Bus durch Konstanz fährt, ist ein toller Ansatz um sichere Mobilität zu ermöglichen. Dieses Konzept sollte ausgebaut und auch nach der Corona-Zeit erhalten bleiben.

Eine Überprüfung der Fahrtauglichkeit im Alter sehe ich sehr kritisch. Eine solche Überprüfung und ein daraus folgendes Fahrverbot würden einen großen Eingriff in die Autonomie und Selbstbestimmung der Bürger*Innen darstellen, der meiner Meinung nach unverhältnismäßig wäre. Um Senior*Innen, die sich nicht mehr ans Steuer setzen möchten, weiterhin Mobilität zu ermöglichen, sollte der ÖPNV in seiner Taktung und Barrierefreiheit verbessert werden. So schafft man eine nachhaltigere Lösung für alle, statt Verbote für eine Bevölkerungsgruppe.

Marc-André Huß, Landtagskandidat Partei WIR2020

Corona / COVID-19

Als ehemaliger ABC-Abwehrfeldwebel sowie als Therapeut für klinische Psycho-Neuro-Immunologie, versichere ich Ihnen, dass die virale Erkrankung COVID-19 nicht die größte Herausforderung der Gesundheitspolitik wäre, wenn sie durch Politik und Medien nicht dazu gemacht worden wäre.

Die Datenbasis für derart einschneidende Maßnahmen entbehrt nachweislich jeglicher wissenschaftlicher Grundlage, ist völlig verzerrt und kein Abbild des realen Krankheitsgeschehens. Ebenso stellt sich in keiner Weise die Effektivität der Maßnahmen statistisch nachweisbar so dar, wie sie von den Verantwortlichen Politikern und Medien nach außen getragen wird. Politik und Medien haben sich im Vorwahljahr in eine viel zu enge Einbahnstraße, aus der sie jetzt nicht mehr herausmanövrieren können, ohne ihr Gesicht vollständig zu verlieren, begeben.

Die Maßnahmen müssen daher sofort unter Betrachtung aller verfügbaren Informationen (Nicht ausschließlicher Fokus auf verfälschte Infektionszahlen und willkürlich gesetzte Inzidenzwerte) systematisch aufgehoben werden, um die massiven Kollateralschäden noch halbwegs eindämmen zu können. Pflegeheime und Kliniken müssen wesentlich besser unterstützt werden. Die Panik- und Angstmacherei muss sofort einer beruhigenden, sachlichen Kommunikationsstrategie weichen. Soziale Isolation sowie Angst und Stress regulieren nachweislich die Komponenten unseres Immunsystems herunter, die für die Abwehr viraler Erreger zuständig sind. Akut ist das vor allem für die Hauptrisikogruppen (Ältere und Vorerkrankte) ein echtes Problem. Derzeit wird eine ganze Gesellschaft geschwächt. Die Folgen für die Psyche und den Organismus werden aus epigenetischer Sicht jetzt und in Zukunft verheerend. Eine deutliche Zunahme an psychischen Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, COPD und weiteren war, ist und wird noch wesentlich stärker die wahre Herausforderung für unser seit Jahren geschundenes Gesundheitssystem.

Zum Impfen: Grundsätzlich ist die Idee des Impfens erstmal eine gute Sache. Sofern ein wirksamer und sicherer Impfstoff zur Verfügung stünde. Dies ist aktuell, trotz der publizierten 95% Effektivität, die bei genauer Betrachtung sehr mit Vorsicht zu genießen sind, nicht der Fall. Und wie jüngst selbst die Bundeskanzlerin anmerkte, ist bis dato nicht gewiss, dass Geimpfte selbst nicht mehr infektiös sind. Diverse Ereignisse zeigen, dass Geimpfte durchaus sogar auch nach der 2. Dosis positiv getestet werden und sogar erkranken können. Die Hauptrisikogruppe (Hochbetagte und Vorerkrankte mit mindestens 2 potenziell lebensverkürzenden Grunderkrankungen) kam weder bei Pfizer/Biontech und erstrecht bei AstraZeneca in den Probandengruppen der extrem verkürzten Untersuchungen vor. Ich halte es für unverantwortlich, dass Menschen in Hospizen und Palliativstationen zu den ersten gehören, die diesem Experiment am freien Menschen ausgesetzt werden. Des Weiteren sollte auch eine in falscher Sicherheit wiegende und zu Arbeitskraftausfällen führende Impfung bei Krankenhaus- und Pflegepersonal nicht erfolgen, bevor der Nutzen nicht eindeutig nachgewiesen ist. Derzeit spielen die Bundes- und Landesregierungen russisch Roulette mit der Gesundheit und dem Leben der Menschen. Die Impfungen hätten nach dieser kurzen Zeit niemals eine bedingte Zulassung durch die EU erhalten dürfen.

Für die Bundesrepublik Deutschland, der ich 8 Jahre als Soldat dienen durfte, verbietet sich eine Diskussion über Sonderrechte für Geimpfte. Einigkeit und Recht und Freiheit sind für mich nicht lediglich ein Liedtext. Auf diesen Werten fußt der Erfolg, den die Menschen in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg so hart erarbeitet haben. Die amtierende Politik und die Medien haben für die Gesellschaft eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt: Statt Einigkeit wachsen Hass, Hetze und Spaltung. Statt Recht wird unser Grundgesetz kurzerhand ausgehebelt und willkürlich eingeschränkt. Und statt Freiheit erleben wir Diktat, Verordnungen,

Drohungen und Bestrafung. Das ist derzeit nicht das beste Deutschland, das es jemals gegeben hat, denn Einigkeit und Recht und Freiheit fehlen.

Für den Fall meiner Wahl, werde ich einen sofortigen, systematischen Ausstieg aus den Coronamaßnahmen, einen Impfstopp und eine unabhängige Untersuchung der Impfstoffe sowie einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung aller Vorgänge um die Entscheidungen zu den Restriktionen fordern.

Klimaschutz

Der zu starke Fokus auf CO2 und Klimaschutz bzw. die Überheblichkeit der deutschen Politik, mit diesem Fokus überhaupt das Klima in irgendeiner Weise zu beeinflussen, ist aus zahlreichen Gründen völlig realitätsfern. Selbst mit der größtmöglichen Anstrengung könnte Deutschland allein nur 0,2% der globalen Erwärmung verhindern.

Vielmehr muss der Fokus auf wesentlich mehr als nur die Einsparung von CO2 gelenkt werden. Denn globale Umweltschutz- und Forschungsprojekte, wie bspw. die Befreiung unserer Meere vom Plastik, Wiederaufforstung, biologisches, umweltschonendes Verpackungsmaterial oder hocheffektive Recyclinglösungen, sowie nachhaltige Wohnraumkonzepte können sogar viele Arbeitsplätze schaffen, während die politischen Verbotsorgien hierzulande unseren Schlüsselwirtschaftszweigen den Hahn abdrehen.

Wenn Sie mich wählen, werde ich mich für entsprechende Initiativen und deren Finanzierung über das Verursacherprinzip einsetzen.

Pflege und medizinische Versorgung

Die Pflege ist nicht erst seit Corona überlastet. Allein in Kliniken fehlen nach Expertenschätzungen ca. 50.000 Pflegekräfte. Insgesamt klafft eine Lücke von ca. 150.000 Pflegekräften in Deutschland. Die Politik verschweigt völlig bewusst, dass die Pflege mit ca. einer halben Million weder Steuern noch Sozialabgaben zahlenden Kräften sogar auf Platz 3 der Schattenwirtschaft steht und ohne diese Schattenwirtschaft schon seit Jahren völlig zusammengebrochen wäre.

Ein konkretes Konzept für dieses komplexe Problemfeld müssen wir noch erarbeiten, aber a) muss die Pflege in Deutschland für die zu pflegenden Menschen sichergestellt und bezahlbar werden, b) müssen Pflegeberufe nicht nur beklatscht sondern in einer legalen Anstellung finanziell attraktiv werden und c) Zugangsvoraussetzungen, Hürden und Bürokratie abgebaut werden, um in Kombination von a-c die illegalen Kräfte in die Legalität zu bringen und mehr Menschen für eine Ausbildung/Umschulung zu motivieren.

Ähnlich verhält es sich mit der medizinischen Versorgung auf dem Land. Das Arbeitsaufkommen steht für die meisten Mediziner in keinem Verhältnis zum Verdienst. Auch im ländlichen Raum sollte Telemedizin nur eine zusätzliche Option darstellen. Gerade ältere Menschen benötigen die persönlichen, menschlichen Kontakte. Da die Gesundheitswirtschaft im Moment zu sehr auf die Optimierung ihrer Profite aus ist, fordere ich, dass die Attraktivität für die Niederlassung von (jungen) Ärzten und ambulanten Pflegediensten im ländlichen Raum durch Land, Bund und Kommunen wesentlich stärker gefördert wird.

Als einen der ersten Schritte in diese Richtung, werde ich mich dafür stark machen, dass das baden-württembergische Förderprogramm „Landärzte“ optimiert und ausgebaut sowie die finanzielle Förderung von derzeit maximal 30Tsd. € auf einen Mindestförderbetrag von 40Tsd. € und maximal 60Tsd. € erhöht wird.

Leben im Alter und Rente

Der demografische Wandel macht sich nicht erst seit Corona bemerkbar, tritt aber nun leider hart ins Bewusstsein der Menschen (Altersmedian der Verstorbenen fast 84 Jahre, sprich fast 3 Jahre über dem durchschnittlichen Lebensalter in der BRD). Wie auch die Daten zum Thema Pflege, medizinische

Versorgung, Krankenkassen und natürlich die Entwicklung der Renten zeigen, wurde das Thema über Jahrzehnte von der Politik halbherzig angegangen, um nicht zu sagen verschleppt. Immer erst vor den wichtigen Wahlen werden Versprechungen gemacht, die sich dann nach den Wahlen zu oft als Versprecher entpuppten.

Altern in den eigenen vier Wänden und damit verbunden die Verhinderung von Einsamkeit, lässt sich aus meiner Sicht nur durch a) die Schaffung einer optimalen ambulanten Pflege- und Versorgungsstruktur und b) durch die Rückbesinnung auf nachbarschaftlichen Zusammenhalt erreichen – kommunale Förderung der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Gerade die Generationen der jetzigen Senioren kann sich noch an bessere Zeiten des Zusammenhaltes in den Gemeinden erinnern. Und an Zeiten, in denen ein Einkommen plus evtl. ein kleiner Nebenverdienst pro Familie für ein finanziell sorgenfreies Leben ausreichte. Da müssen wir wieder hinkommen.

An eine Rente, die ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht, braucht schon meine Generation (Baujahr 1978) nicht mehr denken. Nachfolgende Generationen erstreckt nicht. Ich möchte keine Pfandflaschen sammelnden Rentner mehr sehen. Oder Familien, die sich für die Pflege verschulden müssen. Daher setze ich mich im ersten Schritt für die Abschaffung der menschenunwürdigen Hartz-IV-Regelungen und für die Schaffung einer lebenslangen, bedingungslosen Grundversorgung, die über unser Konzept der negativen Einkommensteuer finanziert wird, ein. Zusätzlich sollten wir den rechtlichen Rahmen schaffen, alle Bundes- und Länderressorts auf Herz und Nieren zu prüfen und deren Budgets verhältnismäßig umzuschichten, um die aktuellen Renten ab- und faire Renten kurzfristig zu versichern. Das jetzige System aus Rentenkasse und privater Vorsorge ist Augenwischerei, hat versagt und ist überhaupt nicht zukunftsfähig. Zur Grundversorgung müssen so rasch wie möglich effektive Anspar-/Anlagekonzepte, die in finanziellem Verhältnis zur Lebensleistung stehen und ein Alter in Würde ermöglichen, hinzukommen.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Da ich viele Polizisten in Deutschland kenne, weiß ich um deren Probleme. Personalmangel, überbordende Bürokratie, mangelnde Ausstattung, demotivierende Aufgaben, mangelnde gesetzliche Handhabe, etc. Entstanden sind diese Probleme durch falsche politische Ideale, die die Polizei zu einem Tiger ohne Zähne gemacht haben. Ich werde mich für eine Neuregelung der gesellschaftlichen Aufgaben und für eine höhere Wertschätzung und Unterstützung der Polizei stark machen. Des Weiteren rege ich eine verstärkte, bürgernahe (Keine Trupps in martialischer Kampfmontur, sondern eher wie der nahbare Schutzmann von früher, der Bürger in Uniform) Präsenz in potentiell gefährdeten, öffentlichen Räumen an.

Mobilität

Gerade im ländlichen Bereich, müssen viele Senioren aus vielfältigen Gründen, oft noch im hohen Alter ihr Privatfahrzeug nutzen. Hier wäre der Ausbau einer altersabhängigen Bürgertaxistruktur auf Bestellung bis vor die Haustür, die mit kostengünstigen Tickets – bspw. 365,-€ Jahresticket für einkommensschwache Menschen – sehr attraktiv wäre, sinnvoll. Die Nutzung eines eigenen Fahrzeugs sollte weiter freigestellt, aber ab dem 70. Lebensjahr mit zu bestehenden jährlichen Seh- und Reaktionstests, die nicht nur durch Mediziner, sondern auch bspw. durch Optiker durchgeführt werden können, verbunden sein. Eine erneute Fahrprüfung halte ich persönlich nicht für angebracht.

Schlusswort

Die BRD muss in vielen Bereichen mit ganz neuen Konzepten bedacht werden. Aber WIR alle zusammen, sprich mit einer viel stärkeren Bürgerbeteiligung. Für Einigkeit und Recht und Freiheit und eine glückliche Zukunft.

Jared Schiffer, Landtagskandidat Klima-Liste BW

Corona:

Im Bereich Corona finde ich es sehr wichtig, dass wir eine Zero Covid Strategie fahren. Mein Eindruck ist, dass die Menschen sich mehr an der Länge der Maßnahmen stören als an den Maßnahmen an sich. Ich würde es bevorzugen, dass wir ein kurzen, sehr intensiven Lockdown anstreben und danach wieder in ein einigermaßen normales Leben übergehen können.

Eine Impfpflicht sollte es auf keinen Fall geben. Die meisten Menschen sind bereit, sich von gut untermauerten Fakten leiten zu lassen, daher sollte es gute Aufklärungsarbeit geben.

Ich wäre für eine gute Zusammenarbeit der Firmen, die Medikamente herstellen. Wenn mehr Firmen den Impfstoff herstellen, wird die Produktion automatisch beschleunigt. Natürlich darf das nicht auf Kosten von Firmen geschehen, die den Impfstoff entwickelt haben. Daher sollte anteilig ein gewisser Betrag der Impfstoff Einnahmen der Produktionsfirmen an die Entwicklerfirma zurückfließen.

Menschen, die geimpft sind, haben sicher den Wunsch, wieder in ein geregelteres Leben überzugehen, solange aber nicht alle Menschen in Deutschland die Möglichkeit hatten, geimpft zu werden, hat es mit Solidarität zu tun, auf die restlichen Menschen zu warten. Auch ist unklar, wie der Verlauf von Mutationen weiterhin den Impfschutz beeinflusst. Daher sehe ich Sonderregelungen für Geimpfte sehr kritisch.

Klimaschutz

Das Klima ist ein Fundament für unser aller gutes Leben. Wenn wir weiter so mit dem Klima umgehen wie bisher, kann es zu großen Änderungen in unserem Leben führen. Der Klimawandel betrifft uns alle und nur gemeinsam können wir ihn angehen. So ist es wichtig, alle Menschen mitzunehmen, in einer Politik, die unsere Lebensgrundlage beschützt.

Ich finde gute Aufklärung sehr wichtig. Viele sehen auch heute noch nicht den Zusammenhang menschlichen Handelns und der Auswirkung auf das globale Klima. Daher sollte es große Kampagnen geben, die die größte Krise unserer Zeit gut verständlich und einfach in die Bevölkerung bringt.

Ein großes Thema, das oft beim Klimaschutz angesprochen wird, sind die Arbeitsplätze. Durch einen Ausbau dezentraler Energie Techniken, und ähnlichen Umweltverträglicheren Technologien werden viele Arbeitsplätze geschaffen. Trotzdem muss dafür gesorgt werden, dass Arbeitsplätze, die durch den Technologiewandel wegfallen, einen guten Ersatz finden können, z. B. durch Umschulungen zu den neuen Technologien.

Gerade ältere Generationen sind Vorbilder und Beispiele eines respektvollen Ressourcenumgangs, ohne Lebensqualität einzubüßen, wir können voneinander lernen und so zusammen in eine Umwelt und klimafreundlichen Zukunft gelangen.

Pflege

Schon die Ausbildung zu einer Pflegekraft muss attraktiver gestaltet werden. Ein körperlich anstrengender Beruf, der so wichtig ist, sollte nicht so schlecht bezahlt werden. Es ist eine Anerkennung von erbrachter Leistung, wenn man die Gehälter der Leistung entsprechend anpasst. Auch sollte ihnen die Möglichkeiten geschaffen werden, die von ihnen zu pflegenden Menschen eine bessere Umgebung zu schaffen, dazu gehört es auch, dass sie mehr Zeit für jeden einzelnen Menschen haben kann.

Frühzeitige Umschulungsmöglichkeiten bei Arbeitslosigkeit kann dafür sorgen, dass Menschen, die bisher noch nicht in dem Bereich Pflege gearbeitet haben, in den Bereich wechseln.

Menschen, die ihre Verwandten zu Hause betreuen wollen, sollten eine häusliche Betreuung leichter zugänglich gemacht werden.

Dabei sollte an erster Stelle die Würde und das Wohlempfinden der Gepflegten und der Pflegenden stehen.

Medizinische Versorgung

Durch die Marktwirtschaftlichkeit des Medizinsektors geht es heute nicht mehr darum, den Menschen möglichst gesund zu machen, es geht mehr darum, wirtschaftlich profitabel zu sein. Das Gesundheitssystem sollte wieder von der Wirtschaft entkoppelt werden. z. B. sollten vorbeugende Maßnahmen verwendet werden, um Krankheiten schon früh und bei den Ursachen zu bekämpfen und nicht einfach nur mit wirtschaftlich guten Medikamenten oder Behandlungsmethoden dafür sorgen, dass die Syndrome bekämpft werden.

Ärzte, die auf dem Land arbeiten, sollten einen staatlichen Zuschuss erhalten, um i

Ihnen einen größeren Anreiz zu geben, damit auch die ländliche Bevölkerung gut versorgt werden kann. . Zusätzlich sollte geprüft werden, in wieweit es Sinn ergeben würde, mit Telefonnotärzten in Regionen zu arbeiten, die noch weniger Arztpräsenz aufweisen.

Leben im Alter

Förderungen des Soziallebens, sowohl Digital (für die Coronazeit) als auch im realen Leben, damit es Möglichkeiten gibt, dass sich Menschen austauschen und zusammen mehr erleben können.

Vereinfachung der Betreuung älterer Menschen in der Familie.

Gezielt sozialen Wohnraum schaffen, indem man frei stehende Wohnungen leichter verfügbar macht und die Hürden für Ferienwohnungen erhöht, damit diese Wohnungen Menschen mit geringeren Einkommen zu Verfügung stehen.

Wer im erhöhtem Alter noch arbeiten möchte, sollte die Möglichkeit einfach erhalten können, auch Umschulungen sollten gefördert werden

Rente

Ich sehe im Bereich Finanzen langsam die Zeit gekommen, dass wir großflächig testen sollten, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen funktionieren würde. Ein Einkommen, welches jede Person in Deutschland bekommt, unabhängig von dem, was diese Person sonst so macht. Damit wäre auch das Einkommen der älteren Menschen gesichert. Die Coronazeit, wo viele Menschen unfreiwillig nicht arbeiten können, ist eh eine sehr gute Gelegenheit dafür, diesen Test umzusetzen.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheitspersonen, beispielhaft aus der Polizei, sollten so geschult werden, dass sie die Bedürfnisse aller Menschen im öffentlichen Raum abdecken können.

Fußgängern und Radfahrern sollte ein besonderer Schutz gewährt werden, sie sollten Priorität vor dem Auto haben

Mobilität

Der Ausbau eines guten öffentlichen Verkehrsnetzes mit einer hohen Frequenz und auch eine gute Erreichbarkeit auf dem Land z. B. durch Shuttel Busse ist Grundlage einer guten Mobilität, die die Abhängigkeit vom Auto löst.

Ein 360 Euroticket, also ein Ticket das Pro Tag nur einen Euro kostet, für ganz Baden-Württemberg würde den Anreiz des Öffentlichen Verkehrsmittel noch einmal steigern.

Barrieren müssen beseitigt werden, eine gute Erreichbarkeit der Verkehrsmittel gehört zur Lebensqualität dazu.

Fußgängern und Radfahrern sollte die Möglichkeit gegeben werden, sicher in der Stadt fahren zu dürfen, durch mehr Fahrradstraßen und mehr Vorsicht der Autofahrer und Anpassungen der Verkehrsregeln.

Autos müssen wir nach und nach besonders aus den Innenstädten reduzieren.

Dr. Franz Segbers, Landtagskandidat für Die LINKE

Covid

Covid zeigt, dass unsere Welt krank ist. Wir reduzieren und zerstören immer mehr den Lebensraum der Lebewesen. Das erhöht die Infektionsgefahr.

Die Regierung handelt nicht entschieden genug gegen die Pharmakonzerne. Die Regierung hat für Forschung und Entwicklung enorme Steuermittel aufgewendet. Der Impfstoff wird künstlich verknappt. Nach dem Infektionsschutzgesetz kann sie bei einer Infektion die Konzerne zwingen, die Patente freizugeben. Die Produktionskapazitäten müssen ausgeweitet werden. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden: In einer Pandemie darf es keinen Impfnationalismus geben.

Ich bin gegen Sonderrechte für geimpfte Menschen. Sie haben, wenn sie geimpft sind, bei knappen Impfmitteln schon ein Vorrecht genug. Ansonsten teile ich die Maßgaben der Ethikrates.

Klimaschutz

Die Klimapolitik begrenzt die Klimaerwärmung in Baden-Württemberg nicht auf 1,5 Grad. Es geht um mehr als um Windräder. Alle Lebensbereiche müssen sich auf eine vollständige Dekarbonisierung und klimafreundliche Alternativen ausrichten. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Baden-Württemberg bis 2035. Wir brauchen konkrete Vorgaben für eine Verkehrswende, eine Energiewende und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Ökologische Investitionen sind eine Chance für gute Arbeitsplätze. Der Umbau darf nicht zu Lasten der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen gehen. Deshalb brauchen wir soziale Sicherheit und gesicherte Einkommen. Niemand soll vor der Frage stehen: Entweder sichere ich meinen Arbeitsplatz oder ich riskiere die Zukunft meiner Kinder. Wissenschaftliche Studien zeigen: Die sozial-ökologische Wende ist machbar, wenn sie sozial abgesichert wird und politisch gewollt ist. Für die LINKE sind Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten eines Projekts.

Pflege

Das Gesundheitswesen ist kaputtgespart worden. Bedauerlicherweise hält die Landesregierung an dem Plan fest, weiterhin Krankenhäuser zu schließen und damit die Versorgung auszudünnen. Gesundheit darf keine Ware sein. Wettbewerb und Markt haben im Gesundheitswesen nicht zu suchen. Deshalb fordern wir die Abschaffung des DRG-Systems und der Minutenpflege. Es muss wieder gelten: Der Bedarf muss finanziert werden. Es muss ein Ende haben mit private Krankenhauskonzerne und Finanzinvestoren in Pflegeheimen. Die Pflegeversicherung muss ausgebaut werden zu einer Vollversicherung. Die Krankenversicherung muss vereinheitlicht werden, das heißt: Ende des zwei-Klassen-Systems. Es muss gelten: Alle in eine Kasse, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und Beiträge von allen Einkünften. Dieses Verfahren reduziert den Krankenkassenbeitrag für alle um 12-15 Prozent.

Die Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand oder in die der freigemeinnützigen Träger.

Leben im Alter

Die LINKE will, dass alle Menschen bis ins hohe Alter hinein gut und in Würde leben können, dass sie selbstbestimmt leben und aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Umgekehrt ist die Lebenserfahrung älterer Menschen wichtig. Der Erhalt der Gesundheit, ein den Lebensumständen entsprechender Wohnraum und der Schutz vor Verarmung für alle sind für uns zentrale politische Ziele.

Immer mehr Menschen haben trotz lebenslanger Erwerbs- und Sorgearbeit im Alter nicht genug für ein gutes Leben. Immer mehr ältere Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen oder müssen ihre schmale Rente mit Minijobs und Flaschensammeln aufbessern. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben und eine Rentenpolitik, die die Bevölkerungsentwicklung mit immer mehr älteren Menschen nicht berücksichtigt, sind Ursache dafür.

Die LINKE fordert deshalb:

Mehr barrierefreien, altersgerechten, generationenübergreifenden und bezahlbaren Wohnraum. Mehrgenerationenhäuser wollen wir ausbauen.

Eine wohnortnahe (Grund-)ärztliche Versorgung.

Den Ausbau kombinierter Mobilitätsangebote für ältere Menschen.

Die Förderung von Begegnungsangeboten im Ort/im Quartier und den Ausbau von Beratungs- und Betreuungsangeboten.

Die Berücksichtigung der Lebenslagen von älteren Frauen, von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und queeren älteren Menschen.

Rente

Die beste Voraussetzung für eine gute Rente sind gute Löhne, die zum Leben reichen. Deshalb brauchen wir mehr Tarifverträge, einen Mindestlohn von 13 Euro und die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro ein.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Erfreulich ist, dass sich die überwiegende Mehrzahl der Menschen sicher fühlen.

DIE LINKE fordert den Erhalt von Polizeistationen im ländlichen Raum. Polizeilicher Schutz darf keine Frage des Wohnortes sein. Auch im Polizeidienst ist für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Verkehrssicherheit: Die Straßenverkehrsordnungen müssen so sein, dass schwächere Vorrang haben: Ältere Menschen, Kinder etc.

Mobilität

Es muss ein gut ausgebautes Mobilitätsangebot zur Verfügung stehen. Maßstab muss sein, zu aller erst den Verkehr aus der Perspektive der Schwächsten im Straßenverkehr zu denken und zu planen: Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderung. Hierfür braucht es sichere Gehwege, getrennt vom Rad und Autoverkehr. Eine Temporeduzierung innerorts auf Tempo 30. Der Ausbau von sicheren,

getrennten Radwegen in Städten und der Ausbau von Radschnellwegen. Bus und ÖPNV müssen auch in ländlichen Regionen ausgebaut und angeboten werden. Wir fordern einen Nahverkehr zum Nulltarif. Als Zwischenschritt befürworten wir die Einführung eines 365-Euro-Jahresticket für alle und Ermäßigungen für Senioren und Seniorinnen.